

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Mitgliedspreis pro Monat inkl. Druckerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung
80 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Druckerlohn
80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Post-
zeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mr., für 2 Monate 1,40 Mr.,
für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die besetzte Zeitseite oder deren Raum mit 25 Pf.,
für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet.
Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu be-
zahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer steht
9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 10/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die Frage der Altersversorgung in England.

* Leipzig, 13. Januar.

Man schreibt uns aus London: In Ausführung einer vom Trade-Union-Kongress von Swansea gegebenen Anregung treten am 14. Januar über 1000 Delegierte von Gewerkschaften und Genossenschaften zu einer Beratung über den Plan einer Altersversorgung zusammen. Gelingt es dieser Konferenz, sich auf ein Schema zu einigen, so wäre unzweifelhaft ein wichtiger Schritt zur Lösung dieser Frage gethan: es läge nämlich dann ein genau formulierter Wunsch der organisierten Arbeiterschaft vor, während bisher außer einer allgemeinen Forderung, die dazu noch verhältnismäßig jungen Datums ist, der öffentlichen Meinung nichts bekannt war, als daß die „friendly Societies“ (freiwillige Hilfskassen) durchaus verschiedener Meinung seien. Ein vorbereitendes Komitee legt der Konferenz eine Zahl von Leitfäden vor: die Berechtigung zum Bezug der Pension soll eine allgemeine sein — die Mittel sind von Staats wegen beizustellen und nicht im Wege von Beitragsteilungen der Berechtigten — die Bezugsberechtigung beginnt mit 60 Jahren, die Pension beträgt 5 s. wöchentlich. In diesen Leitfäden ist somit der Charakter der Pension im Gegensatz zur Versicherung scharf ausgeprägt. Zum Verständnis ist es notwendig, auf den bisherigen Verlauf der Frage und andertweitige Vorschläge zurückzugehen.

Das englische Armengesetz berechtigt jeden vollständig Mittelloser zur Unterstützung, sei es durch Aufnahme in ein „Wortheus“, sei es durch Verabreichung von Unterstützung („outdoor relief“). Die Handhabung des Gesetzes geht dahin, die zweite Art der Armenunterstützung zu Gunsten der ersten womöglich zu befeitigen; wenn das „Wortheus“ nicht nobel genug sei, der sei eben nicht vollständig mittelloser. Kurz vor den Wahlen von 1900 erließ das zuständige Ministerium ein Rundschreiben, daß würdige und alte Arme nicht in die Werkhäuser hinein zu bringen seien, sondern ausreichende Unterhaltung außerhalb erhalten sollten. Damit sollte die Richtinhaltung des Versprechens einer Altersversorgung gut gemacht werden!! Anstatt sich auf die gleich zu erwähnenden Kommissionsvorschläge von 1899 zu stützen, griff die Regierung mit diesem Rundschreiben auf die königliche Kommission von 1893 zurück, die sich mit der Frage beschäftigte, ob Aenderungen im System der gesetzlichen Armenunterstützung nötig seien im Sinne von Personen, deren vollständige Mittellosigkeit eine Folge durch Alter hervorgerufener Unfähigkeit zu arbeiten ist, oder ob in diesem Falle andertweitige Hilfe geleistet werden könnte, und die sich nicht für Alterspensionen ausgesprochen hatte. Zum gleichen negativen Ergebnis kam die Kommission von 1896, während die von 1899 folgende Grundzüge einer Altersversorgung aufstellte: eine wöchentliche Pension von 5 bis 7 s. für jeden englischen Staatsbürger, der 65 Jahre alt

ist, kein anderweitiges Einkommen von mehr als 10 s. wöchentlich hat, sich nach bestem Vermögen bemühte, durch Fleiß oder entsprechendes Wirtschaften für sich und die unmittelbar von ihm Abhängigen Vorsorge zu treffen, in den letzten 20 Jahren keine Armenunterstützung, Heilspflege oder ganz ausnahmsweise Umstände ausgenommen, empfangen hat, oder während dieser Zeit nicht mit einer Buchthaus- oder Gefängnisstrafe, die nicht in eine Geldstrafe umwandelbar, belegt worden ist; die Kosten dieser Altersversorgung sind von den Armenunterstützungsverbänden (Poor-Law-Unions) unter Beihilfe des Staates zu bestreiten. Eine behördliche Kommission berechnete im März 1900, was diese Altersversorgung auf Grundlage der obigen Grundsätze jährlich kosten würde: im Jahre 1901 10 300 000 Pfund Sterling, im Jahre 1911 12 650 000, im Jahre 1921 15 650 000.

Wie bekannt, löste die Regierung ihre Versprechungen nicht ein, obwohl die angeführten drastischen Bestimmungen einen guten Teil gerade der Bedürftigsten, der ungelernten Arbeiter, tatsächlich ausgeschlossen hätten. Der Gedanke der Pension war ausgegeben. Der einfache Chamberlain, der seiner Zeit den Arbeitern die gaukelnde Aussicht eröffnet hatte, suchte die Frage auf ein anderes Gebiet zu drängen: am 29. Mai 1901 erklärte er einer (wohl bestellten) Abordnung des „Independent Order of Oddfellows“, einer der bedeutendsten Hilfskassen mit 837 040 erwachsenen Mitgliedern im Jahre 1900, gegenüber, die großen Hilfskassen sollten doch einen Plan von Pensionen für solche ausarbeiten, die geneigt wären, selbst für ihre Altersversorgung Vorbereitung zu treffen. Das heißt: aus der allgemeinen Pension war eine eventuelle Staatsbeihilfe für Mitglieder von Hilfskassen geworden; die freiwilligen Hilfskassen sollten dem Altersversicherungsgeschäft mehr Aufmerksamkeit widmen, und hierin vom Staat unterstützt werden. Dementsprechend tagte vom 30. September bis zum 2. Oktober 1901 in London eine Konferenz von Beamten freier Hilfsgeellschaften zur Ausarbeitung eines Planes von Staatspensionen für arme und sparsame Personen. Ein von dieser Konferenz eingesetztes Komitee veröffentlichte vor einigen Wochen seinen Entwurf. Grundlage der Pensionsberechtigung ist, daß der Bewerber, soweit ihm möglich, sein bestes gethan hat, für sich und die Seinen Vorsorge zu treffen (durch Mitgliedschaft bei einer Hilfskasse, Gewerkschaft (?), durch Sparinlagen); die Pension beträgt 5 s. Der Bewerber muß 65 Jahre alt und englischer Bürger sein, sich vom 55. bis zum 65. Jahre ehrbar aufgeführt haben, sein sonstiges Einkommen darf 5 s. nicht übersteigen, außer eventuell um weitere 2 s. 6 d., die ihm aus einem Pensionsfonds oder ähnlichem, wozu er selbst beigesteuert, aufzuliegen. Die Kosten der Versicherung sind zu zwei Dritteln vom Staat, zu einem Drittel von der Gemeinde zu tragen; kein Pensionist darf ohne Genehmigung der Pensionsbehörde arbeiten und seine Arbeit

darf nicht auf den Arbeitsmarkt drücken. Die Pension zieht nicht die Folgen der Armenunterstützung nach sich; niemand kann Armenunterstützung und Pension beziehen. Zu Alter von 70 Jahren steigt der Pensionsanspruch auf 9 Kronen. Mann und Frau können selbstständig Pensionen erhalten, dürfen aber zusammen nicht mehr als das Doppelte des zulässigen Maximums beziehen. Der Plan wird Ende Februar 1902 einer Konferenz zur Annahme vorgelegt werden.

Die Leute, die obigen Entwurf ausarbeiteten, vertraten Gewerkschaften mit einer Mitgliederanzahl von 4 Millionen, während die Gesamtzahl der Mitglieder von solchen Klassen (im weiteren Sinne) im Jahre 1899 über 11 Millionen betrug. Thatjährlig hielten sich viele aus principiellen Gründen fern; und der „Ancient Order of Foresters“, eine Kasse mit 735 198 erwachsenen männlichen und 914 583 Mitgliedern im ganzen, protestierte vorige Woche gegen das Prinzip der Staatshilfe überhaupt. Die Hilfskassen sollten mit der Zeit die Altersversicherung für ihre Mitglieder obligatorisch machen; für solche, die ohne ihr Verhältnis nicht Mitglieder solcher Kassen sein könnten, sollte das Armengeley entsprechend modifiziert, dabei aber sorgfältig darauf geachtet werden, daß den Leuten nicht der Ansporn zum Sparen genommen werde. Für die Armen aber, die nicht wirklich „würdig“ seien, reicht vollständig aus, was ihnen schon gegenwärtig geboten werde. Auf der anderen Seite protestierten die Anhänger der allgemeinen Staatspension dagegen, daß die freiwilligen Hilfskassen zum Mittelpunkt des Pensionswesens gemacht werden. Das „National Committee of Organised Labour on Old Age-Pensions“, das die Agitation für allgemeine Pensionen geleitet hat, führt gegen die „friendly Societies“ an: ihre geringe Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung, daß der Pensionsfonds mancher rechnungsmäßig insolvent ist; gerade die schlechtesten gefestigten Arbeiter können einer solchen Kasse nicht angehören, namentlich die Arbeiterinnen, die dazu noch von manchen nur wegen ihres Geschlechts ausgeschlossen werden; wer vom Doktor unanglich erklärt wird, wird nicht aufgenommen; aus den Löhnen der ärmsten Arbeiterschicht würden die Pensionen für die bestgestellte fließen.

Die eingangs erwähnten Leitsätze, die der Konferenz von Gewerkschaften und Genossenschaften vorliegen werden, zeigen jedenfalls die weitesten und das allgemeine Arbeitersinteresse am meisten berücksichtigende Auffassung. Zu erwähnen wäre noch, daß Sam Woods, der Sekretär des Parliamentary Committee des Gewerkschaftskongresses, eine Arbeiterversicherung nach deutschem Muster befürwortet. Arbeiter und Unternehmer sollten je 1 d. wöchentlich, der Staat 2 d. beitragen. Die Pension sollte mit 60 Jahren beginnen und 5 s. bis 7 s. 6 d. betragen. Zur Deckung der Kosten sollten Einkommen von 300 Pfund eine Steuer von 1 Prozent, und für jede weitere 100 Pfund ein weiteres Prozent leisten.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.
Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Dänischen
von Mathilde Mann.

So gelangte er schlichlich in eine dunkle, enge Straße, in der die Häuser klein und schmutzig waren. Er sah sich um. Und dort über einer Haustür erblickte er wirklich ein rotes Lotterieschild. Vor Willensanstrengung brach ihm der Schweiß aus: hier wollte er es versuchen!

Er stieg die Treppe hinauf und gelangte in das erste Stockwerk: Comptoirzeit von acht bis elf. Er schellte und wurde eingelassen.

Es war eine nette, alte Dame, mit der er zu thun hatte. Manuel sah sie prüfend von der Seite an. Dann zog er ein Stück Papier aus der Tasche und reichte es ihr.

„Man möchte gern diese Nummer haben.“

„Ja, es kommt darauf an, ob ich sie habe, mein Lieber.“

„Ob Sie sie haben? Kann man denn nicht die Nummern bekommen, die man haben will, wenn man dafür bezahlt?“

Thomsens Hand wurde ganz feucht, in dem Maße sloß die saure Flüssigkeit des Entsehens an seinem Körper herab.

„Ja, wenn man das Los eine Serie vorher bestellt,“ sagte die Dame.

„Eine Serie — — ?“

Manuel wünschte, daß er niemals hierher gegangen sei, denn er wollte ihn natürlich anführen!

Die Dame blätterte langsam in einem Haufen Los; sie zog den Finger und blätterte. Dann zog sie plötzlich ein Stück Papier heraus und hielt es ihm hin:

„Ja, weiß Gott, hier ist Ihre Nummer,“ sagte sie dann.

„Es ist ein Viertellos. Wollen Sie es haben?“

Emanuel griff nach dem Los und untersuchte es genau an allen Ecken und Kanten:

„Was soll es kosten?“

„Ja, der Besitzer hat es in den letzten beiden Ziehung zu erneuern unterlassen, die habe ich infolgedessen bezahlt. Wollen Sie das Los haben, so müssen Sie die natürlich mit bezahlen, sonst behalte ich es selber.“

Für die Ziehungen bezahlen, die stattgefunden hatten — ! Emanuel lief seitwärts an der Schranke auf und nieder:

„Man kann ja doch nicht mehr gewinnen, wenn die Ziehungen vorüber sind!“ sagte er.

„Nein, das können Sie nicht. Aber Sie können ja nun diesmal gewinnen.“

„Haben Sie gewonnen?“ fragte er plötzlich und blieb stehen.

„Nein.“

Die Dame, die auf ihrem Stuhl vor dem Schreibtisch saß, legte den Kopf schelmisch auf die Seite und nickte:

„Aber Sie haben die Nummer ja geträumt!“ sagte sie.

„Dann gewinnen Sie sicher.“

Thomsen sank in die Knie.

„Woher — Wie — Wer?“

Die alte Dame lächelte noch immer:

„Ihr Name?“ fragte sie. — „Und die Adresse?“

Emanuel nannte mechanisch Namen und Adresse. Er hatte förmlich Ehydrat vor der Frau bekommen.

Aber dann kamen sie zu der Geldfrage und sie nannte die Summe. — Ob er es nicht etwas billiger bekommen könnte? — Nein, hier gäbe es nur seife Preise! — Wie lange es Gültigkeit habe? Es sei ein fortlaufendes Los, das gelte für alle sechs Ziehungen. — Ja, aber wenn man nun in der ersten Ziehung gewonne, so sei ja doch all das Geld weggeworfen!

„Jetzt riß der alten Dame die Geduld.

„Sie sind hier in keinem Kämmerladen,“ sagte sie und stand mit einem Ruck von ihrem Stuhl auf. — „Wollen Sie das Los haben, mein Herr, oder wollen Sie es nicht haben?“

Die Geschichte hätte sich noch sehr in die Länge ziehen können, wenn nicht eine neue Kundin gekommen wäre.

Emanuel griff hastig nach dem Los und wollte es in die Tasche stecken.

„Hier ist das Geld!“ sagte er und zog das Portemonnaie aus der Tasche.

„Danke! Aber das Los muß erst gestempelt werden.“

„Gestempelt werden? Womit?“

„Mit meinem Namen und meiner Adresse. Sonst vergessen Sie ja, wo ich wohne!“

„Nein!“

„Ah was!“ sagte die alte Dame — „Gestempelt werden muss es doch!“

Thomsen ließte widerwillig das Dokument zurück. Er kehrte absichtlich die Rückseite nach oben, damit die Neuankommene die Nummer nicht lesen sollte.

Dann wurde ihm endlich das Papier in ordnungsmäßigen Zustand ausgeliefert; sorgfältig barg er es in seinem Taschenbuch.

Politische Übersicht.

Der Höhepunkt der Staatsdebatte.
Aus Berlin wird uns vom 11. Januar geschrieben: Am Reichstag war heute der bedeutamste Tag der bisherigen Staatsberatung. Die Debatte dürfte heute überhaupt ihren Höhepunkt erreicht haben. Die Bekanntmachung der Affäre Spahn und in noch höherem Grade die wichtigen Anklagen unseres Genossen Bebel gegen unsere auswärtige Politik und die Militärverwaltung gaben der Sitzung das Gepräge.

Das Haus war wie in den vorangegangenen Tagen nicht sonderlich gut besucht, aber auf der Bundesratssession war es voll. Die Minister waren unter Führung des Reichskanzlers fast vollständig erschienen. Hinter den Sesseln standen in drängender Furchtlicher Enge die Geheimräte. Vor einiger Zeit schrieben Blätter, die es wissen können, Graf v. Bülow habe den Geheimräten, die nicht gerade an den Verhandlungen interessiert und von ihren Machtbefehls hin befohlen sind, die Anwesenheit auf der an sich engen Bundesratssession verboten. Heute schien das Verbot aber keineswegs in Geltung befindlich. Die Herren sind eben neugierig, unseren Bebel zu hören, sie stehen stundenlang auf einem Feste und drängen sich, wie koste begeisterte Zünglinge auf dem "Topp" des Theaters beim Aufstehen einer bewährten Primadonna. Der Kriegsminister hatte einen ganzen Stab von Militärs mitgebracht, auch der bayerische Militärbevollmächtigte war pünktlich erschienen; sie alle wußten, daß Bebel Dinge zur Sprache bringen würde, die sie angehen.

Zunächst mußten sie eine größere Geduldspause bestehen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Sattler schritt, nachdem er einen größeren Erfolg auf das Gebiet der Polenfrage gemacht hatte, die Affäre Spahn an. Sie gehört zur Kompetenz des Reichs, da das reichsländische Straßburg den Vorzug genommen hat, den Professor für katholische Geschichtsforschung aufzutragen zu erhalten. Herrn Sattlers Rede war ziemlich matt und belanglos, sie hörte rein kulturmäppischen Anstrich, die pikante Seite der Affäre, die darin besteht, daß die Regierung der Freiheit der Wissenschaft einen Faustschlag versetzt, um vor dem politischen Hauptfaktor unserer Zeit, dem Centrum, eine Verbündung zu machen, berührte der nationalliberale Herr nicht. Warum soll man von dem nationalliberalen Abgeordneten auch mehr Nutzen verlangen als von den ebenso nationalliberalen Professoren, die doch die Sache noch viel mehr angeht? Papa Spahn, der zu Beginn der Sitzung im Hause anwesend war, verschloß den Saal, er hatte Takt genug, den Verhandlungen über seinen Sprößling nicht persönlich beizuwollen.

Für die Regierung trat Ernst Mathias v. Möller, der Staatssekretär von Elsass-Lothringen, in die Schranken. Er hat es sich wohl, als er noch selbst Student war, nicht träumen lassen, daß er deneinst berufen sein würde, die preußisch-deutsche Freiheit der Wissenschaft von der Reichstagstribüne herab zu retten. Er that das in der ihm eigenen burschikosen Manier. Seine Rede war recht belanglos. Die Worte "voll und ganz" spielten eine hervorstechende Rolle in ihr, einen hohen Flug kam die jüngliche Behabigkeit des Sprechers nicht nehmen. Im wesentlichen suchte Herr v. Möller die Verurteilung Spahns aus Paritätsrücksichten zu rechtfertigen. Des langen und breiten legte er dar, wie die Regierung formal im Rechte sei, da nach der Stiftungsurkunde der Universität die Fakultät nicht einmal ein Vorschlagsrecht habe, auch die Zahl der Dozenten nicht begrenzt sei. Herr Althoff, der sich neben die Rednertribüne gesetzt hatte, von der aus der Staatssekretär sprach, und mit beobachtlichem Lächeln auf dem Gesicht, leicht gerötet, Gesicht den Ausführungen seines Vorgesetzten folgte, hatte wohl zu diesem Teile der Rede das Konzept geliefert.

Herr v. Möller war es offensichtlich wohler, als er fertig war. Er sah sich lieber mit den roten Sozis als mit nationalliberalen Schwäblingen auseinander. Er stieg jetzt zu seinen konservativen Freunden im Parkett hinunter und hörte von seinem ehemaligen Abgeordneten eigentlich das Lob an, was ihm und der Regierung nun der Centrumsabgeordnete Dr. Bachem spendete.

Nach Herrn Bachem kam Bebel zum Wort. Auch er ging zunächst auf den Fall Spahn ein. Es war eine recht herbe, aber leider nur zu berechtigte Kritik, die er am ganzen deutschen Hochschulwesen übte. An den Maßregelungen, von denen unsere Genossen Arons und Konrad Schmidt be-

Er blieb noch einen Augenblick stehen.

"Man braucht es wohl nicht beim Landvoigt oder sonst irgendwo anzumelden?" fragte er.

"Nein!"

"Und wenn man nun gewinnt?"

"Ja, dann sehen Sie es in der Zählungsliste."

"Mann man sich darauf verlassen?"

"Ja!"

"Und in der Stadt erfährt niemand davon?"

"Nein, Sie und ich sind die einzigen, die wissen, welche Nummer Sie haben! — Adieu, Herr Thomsen!"

"Adieu!"

Die Lotteriedame hatte sich schon zu der neuen Kundin gewandt, einer älteren Frau mit einem Korb auf dem Arm, als Emanuel dies Wesen sanft beiseite schob, sich über die Schranken beugte und sein Gesicht dem Ohr der Roseltrice näherte:

"Es soll auch nicht an einer kleinen Erkenntlichkeit fehlen, wenn man gewinnt!" flüsterte er und blinzelte diabolisch mit seinen kleinen Schweißsäugern.

"Ich danke Ihnen, mein Lieber!" sagte sie. — "Ich werde Ihnen, was ich Ihnen lädt."

Thomsen nickte verständnisvoll, blinzelte noch einmal, diesmal aber nur mit dem einen Auge und entfernte sich.

Als er an die Haustür gekommen war, nahm er das Los aus der Brieftasche und studierte es genau.

Und da ward ihm plötzlich ganz schwindlig vor lauter Glück!

Jetzt wußte er es, wußte er es, wußte er es, daß er gewinnen würde! Denn auf dem Stempel, den die Roseltrice dem Los aufgedrückt hatte, stand: Varslejstrasse 23, Comptoirzeit von 8—11. — 23, 8, 11! Genau die Zahl, die auf der Tafel gestanden hatte! Genau die

troffen worden sind, zeigte er, was in Deutschland "Freiheit der Wissenschaft" heißt. Das war aber nur das Vorpiel. Heftiger wurden Bebels Anklagen, als er den Etat selbst besprach und die Schuld an der Bumpwirtschaft und der schlechten Finanzlage des Reichs mehr noch als der Regierung den Parteien der Rechten, dem Centrum und den Nationalliberalen zuschob, die in ihrem Bewilligungssieger für Armeo- und Marinezwecke bisher keine Grenzen kannten. Mit sittlicher Entrüstung besprach Bebel dann noch einmal die Kriegsführung in China, unsere Welt- und die damit nicht einmal in Einklang zu bringende Polspolitik. Mit wahrhaft elementarer Wucht schlenderte er Anklagen gegen das Kriegsministerium wegen der Wegnahme der astronomischen Instrumente in Peking und der Affäre des Hauptmanns v. Heiligk, der, in die bayerische Armee nicht wieder aufgenommen, in der preußischen ein gutes Unternehmen gefunden hat. Der Fall Heiligk war den Herren von der Militärverwaltung offenbar am peinlichsten, man sah ihnen an den Gesichtern an, wie jedes Wort unseres Genossen einschlug. Bebel sprach aber zwei Stunden lang mit jugendlicher Elastizität und Lebhaftigkeit. Es war ein Genuss, ihm zuzuhören. Auch der Teil seiner Ausführungen, der sich mit dem Zahlenmaterial des Etats beschäftigte, wirkte frisch und lebendig.

Bebels Rede zog drei Reden vom Regierungstisch nach sich. Zuerst ließ sich der Reichskanzler vernehmen. Er antwortete mit einer gewissen Konnen, nannte seinen Gegner u. a. einen hervorragenden Politiker. Natürlich wollte er irgend welche Grausamkeiten deutscher Soldaten in China nicht Wort haben, widerlegen aber konnte er die Angriffe Bebels nicht. Sein Geklapper auf der nationalen Soße im Stile von Kriegervereinsvorständen konnte als Widerlegung wirklich nicht gelten. Den Fall Heiligk und alle detaillierten Vorwürfe unseres Führers überließ er dem Kriegsminister, der über bedeutend weniger Gewandtheit als der Reichskanzler im Debattieren verfügt. Herr v. Goehler quälte sich gar sehr damit, den Fall Heiligk zu beschönigen, es gelang ihm nicht. Heiligk hat die Soldaten nach der milden Ausdrucksweise des Kriegsministers geblüttet und sie mit derben Süddeutschen Ausdrücken beleidigt. Für blütteln muß das Wort missbraucht, für verbrechen das Wort beschimpfende, für Süddeutsch das Wort roh gesetzt werden, dann kommt man den Thatsachen näher. Wir können nicht glauben, daß die Bayern rohe Schimpfworte als Süddeutsche Eigentümlichkeiten gelten lassen wollen, aber das mögen die Bayern mit Herrn v. Goehler selbst ab machen. Was der Minister über die astronomischen Instrumente sagte, war gar nicht beweiskräftig. Wissenschaftsgegenstände, die einer Regierung gehören, mit der man nicht im Kriege lebt, die man sogar im Kampfe mit aufständischen Boxerhororden unterstützt, dürfen nicht beschuldigt werden. Das ist selbst in einem regulären Kriege völkerrechtswidrig. Bebel hatte also recht, wenn er das Militärstrafgesetzbuch anzugreifen.

Schließlich sprach noch der bayerische Bevollmächtigte v. Endres, er suchte seinem preußischen Kameraden mit seinen schwachen Kräften zu Hilfe zu kommen. Es nutzte nichts. Bebel blieb in dem Klämpe Sieger, der nun wohl noch eine Debatte von mehreren Tagen nach sich ziehen wird.

Deutsches Reich.

Nulla dies sine linea.

"Seit langen Jahren haben geschäftige Diplomaten daran gearbeitet, Deutschland mit England zu vereinigen und den Dreibund zu untergraben. Es bedurfte der ganzen Geschicklichkeit der deutschen Staatsmänner, um diesem Treiben zu begegnen." So beginnt die Vossische Zeitung einen Jammerartikel, worin sie ihre staatländischen Brauen runzelt und einige schlichte Zweckel daran ausspricht, ob Graf Bülow in der jüngsten Zeit eine besonders glückliche Hand gehabt habe. Einweisen sehe man nur einzelne Schätzungen und nicht jeder dieser Schätzungen sei verständlich.

Wir haben für solche sentimentalnen Klagen gar nichts übrig. Wenn sich Diplomaten, wie der gegenwärtige Reichskanzler, noch als Lenker der europäischen Geschichte aufspielen dürfen, so ist an dieser beschämenden Thatsache Niemand schuldiger, als der liberale Phällster. Ohne die geringste Garantie dafür, ob und was die Bourgeoisie von diesem Syros des östlichen Junkturums zu erwarten hat, ist ihre Presse es in erster Reihe gewesen, vom Berliner Tageblatt bis zur Frankfurter Zeitung, die durch unausgefeilte Rellame seinen unerhörten Ruf bestätigt hat. Nicht einmal so viel Selbstachtung und Selbstbeherrschung hatten

wohl im Grunde und sah und hörte am liebsten nichts von ihm.

diese Liberalen und sogenannten Demokraten, wie die junfern Brotwucherer, die doch erst dann anfangen die Genialität des Grafen Bülow zu feiern, als sie sicher waren, daß er ihr ergebener Diener sei.

Aber wenn nun selbst die liberale Bewunderung dieser staatländischen Größe zu wanzen beginnt, so muß es schon gekommen sein. Und so ist es freilich gekommen. Die albernen Renommagen des antisemitischen Klowns Liebermann von Sonnenberg ermöglichen dem Grafen Bülow schon zwei Tage, nachdem er John Bull am Baste gezupft hatte, ihn um Verzeihung zu bitten, aber es ist leichter, geniale Streiche zu machen, als ihre Folgen wieder aus der Welt zu schaffen. John Bull will sich nicht auf der Nase spielen lassen, und davon thut er von seinem Standpunkt aus auch ganz Recht. Warum sollte er seinen Vorteil nicht ausnützen? Gegner, die es einem so zum leichten Spielen machen, mit ihnen umzuspringen, wie die Käse mit der Maus, laufen einem doch nicht alle Tage über den Weg.

Zwischen den Grafen Bülow: Nulla dies sine linea, kein Tag ohne, nun sagen wir, Genialität. Auf die treffende Kritik, die Bebel in seiner Klatsche vom Sonnabend an dem blamablen Chinofeldzuge geübt hat, antwortete der Reichskanzler, wer in englischen oder französischen oder italienischen Parlament so spricht, wie Bebel, würde nicht extragen werden; die „große Mehrheit des Volkes“ würde ihn nicht begreifen und so weiter. Was uns anbetrifft, so begreifen wir nicht, wie ein Mann von Geschmack mit solchen Tränen überhaupt noch zu debattieren wagt. Vielleicht hat es für Bebel einen gewissen Reiz gehabt, diese Hammelherde von Phrasen, die vor einem Menschenstier auf dem parlamentarischen Weideplatz graste, einmal wieder an sich vorüberstreifen zu sehen, und dies wäre das einzige Körnlein Salzes an dem saßen Spieß. In der Zeit von 1867 bis 1870, vielleicht auch noch einige Jahre nachher, war es im Reichstage die übliche Verlegenheitsflosse, die sozialdemokratischen Auflagereden, die der alte Patriotismus nicht zu widerlegen vermochte, mit der Redensart zu verdächtigen, im englischen und französischen Parlamente dürfe kein Redner so sprechen, ohne der Himmel welches schreckliche Schicksal zu versetzen. Schließlich aber schaute man sich einer so thörichten Aussicht, und sie hat dreißig Jahre im Grabe geruht, bis der geistreiche Graf Bülow sie wieder beschwore.

Möglich, daß er seinem Gefolge von Brotwucherern, welche „die große Mehrheit des Volles“ zu einem Gespenst zu machen gedachten, damit noch impuniert. Wir glauben selbst, daß die geistigen Ansprüche dieser ehemaligen Denter sehr bescheiden sind. Aber der Herr Graf sehen selbst, daß seine liberalen Bewunderer auszuweichen beginnen, und an der harten Rute, die ihm die Engländer aufgeben, wird er noch eine gute Weile zu knicken haben. Das ist auch ganz in der Ordnung, denn schließlich liegt jeder so, wie er sich bettet, und für das süßsinnige Großmannsspiel, das die abschreckend-tiefsinnigen Bütte des Brotwuchers verkleiden soll, hat „die große Mehrheit des Volles“ auch nicht einen Pfifferling übrig.

* Berlin, 13. Januar. Der Centrumsabgeordnete Pingen hat bekanntlich in einer Versammlung von argenteinischen Großgrundbesitzern gesprochen, die in deutschen Ministerien sitzen. Nach dem Reichsboten bezichtigt sich diese Verkündung auf den Staatskommissar der Berliner Börse und vortragenden Rat im preußischen Handelsministerium Gehirnrat Wendelstadt, der in Argentinien ausgedehnte Güter hat.

Als Renoministerei entpuppt sich die Behauptung der schlichten Bündler, daß ihr Freiherr v. Bülow vom Kaiser nach Amerika geschickt werde, um die dortige Landwirtschaft zu studieren. Nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung haben verschiedene Privatpersonen, darunter der genannte Freiherr und seine Frau, vom Kaiser Hundreißels nach Westindien und Mexiko geschickt bekommen. Von einem Auftrag war keine Rede.

Die Mitteilung, daß in dem Prozeß gegen den Reichsanwalt Horn und die National-Zeitung das Landgericht die Einstellung des Verfahrens beschlossen habe, ist unrichtig; es ist nach der National-Zeitung vielmehr am 8. d. M. die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen worden.

Wilhelm II. hat sich in Amerika eine neue Yacht bauen lassen. Die Tochter des Präsidenten Roosevelt wird die Tasse vollziehen, und der Bruder des Kaisers Prinz Heinrich begibt sich nach Amerika, um der Heir zu beizwöhnen. In einem Telegramm an Roosevelt steht Wilhelm II. seiner „Freundschaft für die Vereinigten Staaten und ihr ausgezeichnetes Oberhaupt“ Ausdruck, während Roosevelt in seiner

wohl im Grunde und sah und hörte am liebsten nichts von ihm.

Und doch sah man sie immer zusammen.

Mörch hatte vor einer Reihe von Jahren einen Anfall von Gehirnepoplexie gehabt und ging am Stock und mit schweren, schleppenden Schritten. Sein Gesicht war schlaff und stumpfsinnig, seine Stimme lassend. Es klang, als sei seine Zunge zu dick.

Aber er rauchte mit Leibenschaft. Es war das ungefähr die einzige Freude, die ihm geblieben war.

Der Tabak umschleiert seine Gedanken so angenehm. Er lebte nämlich in einer ewig zitternden Angst vor dem Tode. Er hatte weder Tag noch Nacht Ruhe vor diesem Schreckbild. Nicht einmal, wenn er seinen Mittagschlaf abhielt.

Und das Schlimmste war, daß Knapsted immer vom Sterben sprach. Nie von etwas anderem als vom Tode und dessen Attributen — von Krankheit und schlechtem Befinden, Medizin, heiligem Abendmahl, Glockengeläute und Begräbnis.

Mörch hatte ein Gefühl, als fröhlichen Würmer in ihm, sobald der Zöllner anging. Um liebsten hätte er ihn weggejagt, ihn mit seinem Stock vertreiben. Und doch fuhr er fort, ihm mit einer Art von schauberndem Interesse zuzuhören. Er wurde förmlich hypnotisiert von den Worten des Freuden, hatte ungefähr die Empfindungen eines Kindes, das mit zu Berg stehenden Saaren einer Gespenstergeschichte läuft.

Sie gingen zusammen spazieren. Fast jeden Tag um die Dämmerstunde kam Knapsted und holte den Konsul ab. —

(Fortsetzung folgt.)

Es bestand ein wunderbares Verhältnis zwischen Konsul Mörch und Zollkontrolleur Knapsted. Sie konnten nicht ohne einander fertig werden. Das heißt, Knapsted suchte Mörch auf. Denn der Konsul häzte den Zöllner

Antwort Wilhelm II. seiner Hochachtung und seiner „besten Wünsche für die Wohlfahrt des deutschen Volkes“ versichert.

Das große N. und HZ. Vor einigen Monaten hat die katholische Germania an den preußischen Kriegsminister folgende abenteuerliche Anfrage gerichtet:

Ist es ihm bekannt, daß die der Freimaurerei angehörenden Offiziere durch gewisse maurische Zeichen, das große N und HZ (Rote und Silfszeichen) sich gegenseitig von der militärischen Disciplin entbinden können? Hält er eine solche außer-militärische Einwirkung von freimaurerischen internationalen Grundsätzen auf deutsche Offiziere im Felde für erlaubt? Wird der Herr Kriegsminister geneigt sein, dieser Frage der Einwirkung der Freimaurerei auf die Armee näher zu treten und zur Wahrung der Disciplin im Heere auf dem ihm geeignet erscheinenden Wege festzustellen, welche aktiven Offiziere und Reserveoffiziere einem Freimaurerorden angehören? Welche Schritte gedenkt dann der Herr Kriegsminister in dieser Angelegenheit zu thun?

Diese Anfrage ist vom Kriegsminister nicht beantwortet worden. Ein katholisches Provinzialblatt greift nun auf diese Angelegenheit zurück und kündigt an, daß diese Angelegenheit von der Zentrumspartei des Reichstages zum Gegenstand einer Interpellation gemacht werden wird. Mit welcher Säbelgelt ultramontane Kreise an ihren übergläubischen Vorstellungen über die Macht der Freimaurer hängen, ist bekannt. Es kann also eine sehr lustige Debatte geben.

Die Arbeitslosendemonstrationen in Frankfurt a. M. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend kam es in Frankfurt a. M., wie uns unser dortiger Korrespondent berichtet, zu großen Arbeitslosendemonstrationen. Auf dem Röhrmarkt, im Centrum der Stadt, versammelten sich gegenwärtig jeden Nachmittag Hunderte von Arbeitslosen, die einen vom Generalanzeiger gratis herausgegebenen Arbeitsnachweis im Empfang nehmen. Ohne organisatorische Vorbereitung oder ohne jede Verabredung zogen nun am Donnerstag diese Arbeitslosen, etwa 400 an der Zahl, durch die Weißadlergasse, Schnurgasse nach dem städtischen Arbeitsnachweis am Mainquai. Unterdessen hatte sich eine große Anzahl Neugieriger und Kinder dem Zug angegeschlossen, so daß dieser bald an die 1000 Personen stark war. Auf dem Römerberg vor dem städtischen altherühmten Römer, wurde eine kleine Demonstration gegen den Magistrat veranstaltet. Am allgemeinen hatte die Demonstration einen durchaus friedlichen Charakter, grobe Auschreitungen und Exzesse kamen nicht vor. Nur hier und da wurde einem gefleideten Herrn der Hut eingetrieben, aber das geschah nicht von Arbeitslosen, sondern von sogen. „Lous“, wie man hier die Zubälter nennt, diese benutzten die Demonstration, um allerlei Unfug zu verüben und an der Polizei ihre Mütchen zu kühlen. Wie immer, zeichnete sich auch diesmal die Polizei durch größtmögliche Schnelligkeit aus. Auf dem Römerberg und am Mainquai trat sie den Demonstranten entgegen und zerstreute den Zug, wobei sieben oder acht Verhaftungen vorgenommen wurden. Einen ernsteren Charakter trug die Demonstration am Freitag. Die Zahl der Demonstranten hatte sich fast verdoppelt. Dieselben zogen vom Röhrmarkt nach der Zeit, der Hauptverkehrsstraße, die gegen 5 Uhr mit Menschen so dicht besetzt war, daß fast aller Verkehr stockte. Die Polizei war durch Verirrte und Kriminalschlächte bedeutend verstärkt worden und trat den Demonstranten an der Hauptstraße, Ecke der Liebfrauenstraße, entgegen, um den Zug nach dem Römerberg zu verhindern. Mit blank gezogener Waffe suchte sie die Demonstranten zu zerstreuen, und mancher arme Teufel hat dabei die Säbelklinge zu spüren bekommen. An der alten Konstablerwache kam ein Verirrter unter sein Pferd zu liegen, weil das Tier in dem Menschengeviß unruhig wurde und stürzte. Später zogen die Demonstranten durch die Hosengasse nach der Altstadt, wo ihnen wieder die Polizei in Massenaufgebot entgegentrat. Dieses ungeschickte Auftreten der Polizei hatte zur Folge, daß bei den Demonstranten die Erbitterung nur wuchs. Durch Verhöhnen der Polizei gaben sie ihrem Ärger Ausdruck, dogmatischen hinein erklangen allerdings auch Rufe wie: „Wir haben Hunger, gebt uns Brot! Gebt uns Arbeit!“ Gegen 6 Uhr abends war die Demonstration erstickt. Einige ängstliche Geschäftskräfte auf der Zeit und in der Altstadt hatten während der Demonstration ihre Mösläden herabgelassen, wohl weil sie fürchteten, es könnten Plünderungen kommen. Aber diese Befürchtung war vollkommen unbegründet.

Am Sonnabend hatte die Polizei doppelte und dreifache Vorkehrungen getroffen, um eine Demonstration gleich im Neime zu ersticken. Auf dem Röhrmarkt versammelte es von Schulen. Diese sorgten dafür, daß die Arbeitslosen nur in kleinen Trupps sich in den Straßen bewegen durften. Infolgedessen kam es nirgends zu größeren Menschenansammlungen. Als einmal an der Ecke der Neue Kräme und Schnurgasse eine größere Menschenstauung vorkam, verlor ein Wachtmeister die „Aufsicht“, worauf sich die Neugierigen bald verteilten. Die Fremdenwirtschaft des Gewerbeschäftshauses wurde geschlossen, um dort größere Ansammlungen von Arbeitslosen zu verhindern.

Am Sonnabend war der Regierungspräsident von Wiesbaden hier und hat mit dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat der Stadt Frankfurt persönlich über die zur Vermeidung von Wiederholungen ähnlicher Demonstrationen zu ergreifenden Maßnahmen unterhandelt. Es ist Vorkehrung getroffen worden, daß seitens der Exekutiv-Polizei alle Ansammlungen auf das energischste von vornherein unterdrückt werden. Von den städtischen Behörden soll für die Schaffung regelmäßiger und vermehrter Arbeitsgelegenheit weiter gesorgt werden. Bis jetzt hat es die Stadt sehr an der Fürsorge für die Arbeitslosen fehlen lassen. Wohl sind 79.000 M. für Notstandarbeiten seitens der städtischen Behörden bewilligt worden, aber die Arbeiten selbst werden bisher nur in beschränktem Maße ausgeführt und sind nicht für alle Arbeiter geeignet. Für die ungerührten Arbeitslosen gibt es nur das übliche Steinofen, und auch zu dieser Arbeit werden nur Arbeitslose in beschränkter Zahl und mit besonders starken Familien zugelassen. Größere Erdarbeiten etc., durch die Hunderte von Arbeitslosen beschäftigt werden könnten, hat die Stadt nicht im Angriff nehmen lassen. Aus privaten Mitteln ist noch ein Fonds gesammelt worden, mit dem eine Schuhmacher- und Schneiderwerkstatt für Arbeitslose eingerichtet wurde, sonst hat die angeblich sozialpolitisch so „vorgeschriften“ Stadt Frankfurt nichts gethan. Im Gegentheil, sie

selbst trägt zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit bei, indem sie unständig, d. h. nicht fest angestellte Arbeiter entläßt und Aufseherposten etc. mit gutsituierten Arbeitern vom Lande besetzt. Auch der Vorsteher des städtischen Armen- und Waisenamtes, der bekannte Stadtrat Dr. Fleisch, hat durch sein barsches Verhalten gegenüber Arbeitslosen und durch seine geringe Fürsorge für diese sehr zu der Erbitterung beigetragen, die nun in öffentlichen Demonstrationen ihren Ausdruck findet.

Am Dienstag finden hier zwei große Arbeitslosenversammlungen statt.

Kriegsgerichtliches. Aus Kiel wird vom 11. Januar gemeldet: Das Marinakriegsgericht verurteilte den Lieutenant Jobst vom Küstenpanzer Aegea wegen Besiedigung bzw. vorstriktswidriger Behandlung Untergebener in vier Fällen, davon begangen zwei im Dienst, zu dreimonatiger Festungshaft. Die Verhandlung fand aus Verfolgung wegen Beschädigung der Sittlichkeit unter Abschluß der Dessenlichkeit statt.

-o- **Die Reichstagswahl in Dortmund-Hörde.** Zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Dortmund-Hörde wurde am Sonntag von den dortigen Vertretern der Genossen Ch. Bömelburg-Hamburg nominiert. Der genannte Genosse wird in nächster Zeit eine Agitationstour durch den Kreis unternehmen.

Großbritannien.

Chamberlain nimmt nichts zu.

Birmingham, 12. Januar. In einer Rede, welche Chamberlain hier gestern abend hielt, führte er aus, die Antimilitarist gegen England werde einer unabrechten Redeweise des Kolonialsekretärs zugeschrieben. Er nehmene nichts zu, modifizierte nichts und habe nichts zu rechtfertigen. Kein englischer Minister habe jemals seinem Lande treu gedient und sich zugleich im Auslande der Popularität erfreut. Man müsse daher der Kritik des Auslands schon etwas zu gute halten, er wolle aber nicht dem Beispiel folgen, welches für ihn aufgestellt worden sei. Er wolle keinen auswärtigen Minister Lehren erteilen, noch irgend welche aus dessen Händen entgegnehmen, er sei einziger seinem Souverän und seinen Landsleuten verantwortlich. Die jetzige Regierung habe mindestens sechs brennende internationale Fragen vorgetragen, die ihre Vorgänger in der Schwebe gelassen hatten, nämlich die iranische Frage, den Grenzstreit in Venezuela, die Frage über das Hinterland unserer westafrikanischen Kolonien, an der wir mit Deutschland und Frankreich zugleich beteiligt waren, die Samoafrage, die Frage der Inseln im Stillen Ocean und zuletzt Frankreichs Position am Nil. Die Regierung habe alle diese Fragen in erfolgreicher Weise angefaßt, abgesehen davon, daß sie die britischen Interessen im Osten gewahrt und eine seit lange vorhandene Ursache von Differenzen mit Amerika beigelegt habe, indem sie sich über einen Vertrag einigte, welcher den sofortigen Bau eines die Oceane verbindenden Kanals gestattet. Es wäre absurd, wenn man nicht anerkennen wollte, daß der Kampf der Briten und Briten um die Oberherrschaft in Südafrika schon lange, bevor die Regierung ihr Amt angetreten, begonnen hat. Wettwollen als das Wohlwollen der fremden Nationen sei die Zuneigung und das Vertrauen der Verwandten jenseits der Meere. Trotz der schweren Verluste habe der Krieg dazu gedient, zu zeigen, daß, wenn England wieder einmal zu kämpfen habe um seine Existenz gegen eine Welt in Waffen, wie schon einmal, daß es dann nicht allein stehen werde. Es kann kaum ein Opfer zu groß erscheinen, für das Ergebnis, daß wir uns zur Höhe eines Zwecks vereinen können, das nicht an die Grenzen des Vereinigten Königreichs gebunden ist, sondern jeden Mann britischer Rasse in jedem Teil der Erdkugel umfaßt. Das ist der Imperialismus, um dessen willen ich von jedem patriotischen Briten Unterstützung verlange. Chamberlain bestreitet dann den Unwillen, der in den Kolonien über die Vorwürfe der Barbarei und Inhumanität entstanden sei, und führt hierauf fort: Ein neuer Faktor ist in der Politik unseres Landes hervorgetreten. Wir werden in Zukunft auch die Anschauung unserer Kolonien mit in Rechnung zu ziehen haben, und wir sind nicht berechtigt, einen Frieden zu schließen, wenn das nicht auf Grundlage von Bedingungen geschieht, welche den Verbündeten genehm sind, die ihre besten Leute enthaft haben, um für die gemeinsame Sache zu kämpfen und zu sterben. Chamberlain erwähnte zum Schlusse die Vorzüglich des Blockaussystems und rühmte Lord Kitchener und die Armee. Er geht eine andere Armee mit der englischen in Vergleich zu stellen, seit das höchste Kompliment, das England vergeben kann. England sei stolz auf ihren heroischen Mut und ihre unerschütterliche Humanität. Chamberlain sprach der Arbeit Milner seine Anerkennung aus und sagte, wenn der Friede proklamiert sei, würde England bereits die Verwaltung in seinen Händen fertig vorfinden. Er hofft und glaubt, die Stimmung des Parlaments, das binnen wenigen Tagen zusammentrete, werde auch die der Nation sein.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Gegen das Dreiklassenwahlrecht wendet sich jetzt sogar der offizielle Sachsenpiegel, indem er schreibt: „Dass das Dreiklassenwahlrecht den Bedürfnissen des heutigen öffentlichen Lebens nur ganz unvollkommen entspricht, dessen war die Regierung sich von Anfang an bewußt. Denn die maßgebenden Staatsmänner Sachsen studieren als moderne Menschen die Zeit mit ihrer Art und Weise mindestens mit der gleichen Aufmerksamkeit, wie andere Leute. Sie wissen deshalb sehr wohl, daß der Staat in der heutigen Zeit bei Verteilung der staatsbürgerschen Rechte nicht nach dem Grundsatz verfahren darf: „*Chre dem, der Geld hat!*“ Viele geistig hervorragende und ungezähmte andere Bürger, die dem Staat nicht minder wichtige Dienste leisten, wie die begüterten Bewohner des Landes, werden durch das Klassenwahlrecht zweifellos benachteiligt. Auch bestigt dieses System den großen Fehler, daß es auf die historisch gegebene Gliederung der Bevölkerung, die doch das Fundament unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bildet, nicht die geringste Rücksicht nimmt. Die Neigung zu Verhältnisse der Bevölkerung befindet sich viel zu sehr in Fluss, als daß man staatliche Einrichtungen von Dauer auf sie gründen könnte. In maßgebenden sächsischen Kreisen sieht man denn auch, wenn wir recht unterrichtet sind, das Dreiklassenwahlrecht nur als einen Notbehelf an, der dazu dienen sollte,

einen Landtag zu schaffen, in dem über Verfassungsfragen mit der nötigen Ruhe und Gründlichkeit verhandelt werden kann. Da dies nun erreicht ist, dürfte auch der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein, an dem der Landtag sich abermals mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen wird. In den Kreis der Erwägungen werden wahrscheinlich verschiedene Wahlsysteme gezogen werden. Manche Schwierigkeit dürfte voraussichtlich die Frage bieten, wie am besten die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlamente zu gestalten ist. Da einem Wahlrecht nach Berufssättigung in allen großen Sympathien entgegebracht werden, so ist zu hoffen, daß man diesem System vor allen anderen eine eingehende Prüfung angedeihen läßt.“

„*Chre dem, der Geld hat!*“ — diesem unsozialen Grundbegriff kann sich zwar auch die Regierung nicht anschließen, aber sie hat dennoch dem Landtag ein Gesetz vorgeschlagen und schließlich einem Gesetz ihre Zustimmung gegeben, das dem meiste Ehre beinhaltet, der Geld hat. Wenn eine offiziöse Korrespondenz sich so deutlich über das Klassenwahlrecht ausläßt, so ist das gewiß nicht ohne Grund. Und dieser Grund liegt in den unhaltbaren Verhältnissen, die durch das Geldsackwahlrecht geschaffen worden sind, indem es einer einzigen Partei die unbedingte Herrschaft in die Hände spielt. Das Unangenehme dieser Situation muß die Regierung schwer genug fühlen. Es ist danach begreiflich, wenn sie sich selbst nach einem anderen Wahlrecht sehnt. Dass sie dabei nicht auf das alte aufgehobene Klassenwahlrecht zurückkommt, sondern noch hinter das Dreiklassenwahlrecht auf das feudalistische Wahlrecht nach Berufsständen zurückzugreifen beabsichtigt, ist bei der reaktionären Gestaltung der sächsischen Regierung nur verständlich. Aber verbessern wird sie die politischen Verhältnisse damit nicht. Wirklich gesunde Zustände können nur dort herrschen, wo der Volkswill klar und unverfälscht zum Ausdruck kommt. Diesen Ausdruck aber kann nur das allgemeine Wahlrecht schaffen.

Abg. Hauffe-Dahlen erfreut sich, wie die Leipziger Zeitung im Gegenzug zu früheren Meldungen, wonach der Abgeordnete des 11. sächsischen Wahlkreises an einem bedeutslichen Herzfelde erkrankt sei und die Absicht habe sollte, sein Mandat niedergelegen, erklärt, des besten Wohlseins. Mit einer zweiten Probedwahl auf den Brothbuden wäre es also demnach nichts.

Zur Frage der Feuerbestattung nimmt das Neue Sächs. Kirchenblatt Stellung, indem es schreibt: „Der Chemnitzer Verein für Feuerbestattung scheint außerordentlich rührig zu sein. Er hat durch zahlreiche Wanderversammlungen in anderen Orten Zweigvereine zu gründen versucht und da und dort auch Erfolg erzielt. Neuerdings hat er die Errichtung eines Verbrennungsofens geplant, und zwar auf dem städtischen Friedhofe zu Chemnitz. Das Landeskonsistorium hat auf das Gesuch geantwortet, daß es zur Errichtung von Krematorien und Gebäuden zur Aufstellung von Gefäßen mit Leichenköpfen auf evangelisch-lutherischen Gottesäckern oder anderen unter kirchlicher Zuständigkeit stehenden Grundstücken auf keinen Fall seine Zustimmung erteilen könne, daß es aber auch gegen Errichtung solcher Gebäude auf anderen Grundstücken am zuständigen Orte werden vorstellig werden müssen. — Die Errichtung des Ofens auf dem Friedhofe ist unangebracht. Gewiß wird auch den Behörden eine Förderung jener Bestrebungen nicht zugemutet werden dürfen. In der Sache selbst ändert man durch grundsätzliche Verweigerung sicher nichts. Die Zahl der sächsischen Leichen, die verbrannt werden, ist uns nicht bekannt; wahrscheinlich ist sie nicht so groß, daß die Verbrennungsfrage bejaht werden könnte. Nun ist aber einmal die Beteiligung der Geistlichen bei Trauerfeiern im fraglichen Falle unter bestimmten Voraussetzungen gestattet worden; dann erscheint es uns folgerichtig, der Begegnung, die an sich keinesfalls feindlich ist, von kirchlicher Seite nicht mit so unbedingtem Widerspruch und direkter Hemmung zu begegnen.“

Das Landeskonsistorium hatte sich erst ganz kurzlich noch unklarlich ausgesprochen und den entschiedensten Widerstand gegen jeden auf die Errichtung einer Verbrennungseinrichtung gerichteten Plan in Aussicht gestellt. In der direkt feindlichen Haltung der obersten kirchlichen Behörde in Sachsen gegen die Feuerbestattung steht diese, wie man sieht, sogar auf geistlichen Widerstand.

Unterdessen geht die Propaganda für die Leichenverbrennung ihren Gang. Wenn nicht alles täuscht, dürfte in Dresden die Errichtung eines Krematoriums in sichere Nähe gerückt sein.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Oberhain wird der Grenzausseher Richter vermählt. Richter hat Sonnabend abend gegen 11 Uhr in der Richtung nach Neuwendorf seinen Dienst angetreten. Es liegt die Vermutung nahe, daß er in finsterer Nacht in der gegenwärtig hochangefeuerten Klotho verunglückt ist, aber sich im Walde verirrt oder irgendwo unfreiwilliges Ende gefunden hat. Gestellt war er mit Dienstuniform. — An einem der letzten stürmischen Abende ereignete sich in Dresden ein Vorfall, dessen drastische Konik erheiternd auf die Bostall wirkte. Der Wind riss gleichzeitig einer Dame erhaltene schnell einen der Ausreißer, stülpte ihn auf den Kopf und stürzte weiter. Der Herr mußte den zweiten Hut erst aus einem Vorgarten holen und erstaunte nicht wenig, als er den Hut der Dame in der Hand hielte. Da diese bereits außer Sicht war, blieb dem Herrn nichts anderes übrig, als überhaupt, den Hut in der Hand, sich heim zu begeben. — Dem Freiberger Angler, der zur Ermittlung des Brandstifters aufgefordert hatte, die seit einiger Zeit die Ortschaft Brand unruhig, ist folgender Drohbrief zugegangen: „Bei Bezug in Blat hab ich gelesen Aber sich doch nur vor da ich dich nicht mol wag bloße Kugel im Streichbölzer sin do wir hon schon ein Schandarm der Rose in alles sieht mir brauchen nich noch nich, wegen eich wird noch tücht gesetzt und du frägst eine Kugel. Abje Friedel.“ Das Blatt legt auf die Ermittlung des Schreibers eine Belohnung von 300 M. aus. — In Werda wurde verübt der Handarbeiter Schloss einen Worts- und Selbstmordversuch, indem er sic und seine Frau zu erschlagen verücht. Schloss richtete den geladenen Revolver erst gegen sich selbst, traf aber nicht richtig, sondern verletzte sich nur. Hierauf bedrohte er seine Frau mit Erschießen, die aber noch rechtzeitig vor dem Unhold fliehen konnte. Der Thäter wurde abholt verhaftet. Das Motiv der That wird in ehemlichen Zwistigkeiten gesucht.

Gierzu zwei Beilagen,

Merseburger Bockbier.



Der Verkauf unseres vorzüglichen
Bockbieres
in Flaschen und Fässern hat begonnen.



Stadtbrauerei Merseburg. Niederlage: Leipzig, Berliner Str. 30.

Fernsprecher: 3996.

[365]

Fernsprecher: 3996.

Buchhandlung Arth. Gasch
jetzt Burgstr. 25 (neben d. Thür. Hof).
Reich ausgestattetes Lager
billiger Geschenklitteratur
Postkarten-Albums etc.
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Reparaturen

an Uhren jeder Art, nur
streng solide Ausführung
und unter Garantie

Gustav Kaniss

Uhrenmacher, Tauchaer Straße 6.

Gr. Ausw. präm. Naturkunde a.
Ringe 20 Pf., Dib. 2-60 M., hoch,
Sommerrühl., 5 Pf. 1.10 M., Gr. 19 M.,
alle Sorten pr. Vogelsutter, holz. Goldfische
10 Pf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Arbeitslose! Nord-Bezirk.

Freitag den 17. Januar vormittags 1/11 Uhr

Arbeitslosenversammlung

im Felsenkeller zu Plagwitz, Karl Heine-Straße.

Tagesordnung: 1. Krise und Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse Manfred Wittich. 2. Diskussion hierzu.

Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.

Achtung, Zimmerer!

Morgen Dienstag den 14. Januar abends 1/20 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Saale zum Goseenthal, Dörfnerstraße 36.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Unterstützungsfoonds sowie Neuwahl der Revisor und Kontrollleute. 2. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 3. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Stellungnahme hierzu. 4. Gewerkschaftliches.

Wegen außerordentlicher Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Der Einberufer.

Dienstag den 14. Januar abends 7 Uhr

Öffentliche

Maurer-Versammlung

im Saale des Pantheon (Dresdener Straße).

Tagesordnung: 1. Bericht über die am 20. Dezember stattgefundenen Verhandlungen mit dem Bau-Arbeitgeberbund. 2. Abrechnung vom Unterstützungsfoonds. 3. Juncte Verhandlungen.

NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, dass ein jeder Kollege in der Versammlung erscheint.

Der Einberufer.

Naturheilverein Baunscheidt.

Dienstag, 14. Jan., 1/9 Uhr, Schloss Ritterstein, Ritterstr. 5, I.
Vortrag des Herrn Otto Kunath über: **Nervenkrankheiten**.

Discussion. — Gäste willkommen. Sitztelt frei. D. V.

Saupe Kanarienhähne
u. Weibchen, bezahle die
höchsten Preise. Gute und
gewöhnl. Sänger nur Dienst-
tag den 14. Jan. in der Flora,
Windmühlenstr. 16. Tischler.

Auspolster! Sofas v. 6 M. an
Matr. „3“
Rich. Arnolds Möbelhalle
Leipzig-Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 66.

Marzipan-Broch

Snäcke & Würf

Gebäck: Ellenburger Straße 19.

Stadtgeschäft: Grimmaischer Steinweg 11.

Altes Gold

Kaufst. d. höchst. Preisen

Uhrenmacher Becker,

Mansf. Steinweg 38.

Warzen und Gewichse

beseitigt: Ernst Ulrich, Barbier

Ede Molles und Brandvorwerft.

Damenkleider, Blusen, Röcke, Blöcke, Sat-

nen, verbl. Frau Lory, Barfußg. 7. II., n. M.

Irricht, Bettdecke, Matratze, Ober-,

Unterbett u. Kissen, zusammen für 28.4.

sofort zu verkaufen. Brühl 46/48, Vorderstr.

4 Gebett Betten

sofort zu verkaufen

zu 12, 16, 19, 22.4.

116141 Berliner Str. 20, I. I.

Geld- u. Geschäftsw. v. d. Reichs. Reichs. 67

Sofa, Kleiderschrank, Küchenschrank,

Waschtischb. v. v. Kl. Fleischergasse 25, L.

Nord-Bezirk.

Freitag den 17. Januar abends 1/9 Uhr

Partei-Versammlung

im Mönchshof, Gohlis, Georgstr.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteurs Genossen Jäckh: Aus dem Marx-Lassalle-Nachlaß und der ersten Zeit der Internationale.
2. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisoren.
3. Neuwahl des Vertrauensmannes und der Revisoren.
Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vertrauensmann.

Verein

für

Naturheilkunde

L-West

Dienstag den 14. Januar abends 1/9 Uhr im
Schloß Lindenfeld Beginn des Kurses über die
Anwendungsförderungen, von Herrn Naturarzt Jentsch-

Plagwitz, Rue für Damen.

Donnerstag den 16. Januar abends 1/9 Uhr
Quartalerversammlung, ebenda selbst. Tagesordnung:

Vereinsangelegenheiten.

Dienstag den 21. Januar abends 1/9 Uhr Grosser
Damen-Vortrag von Frau Kreisselmeier-Berlin
im Felsenkeller, Plagwitz, über: Bleichsucht und
Blutarmut. Die Mitgliedschaft kann am Vortragab-
end erworben werden.

Der Vorstand.

Kühns Kulmbacher Bierstube

34 Reichsstrasse 34.

Heute und folgende Tage

Grosses Bockbierfest

mit ununterbrochenem

Konzert der Kapelle Sterzelino.

Achtung!!

Der

Achtung!!

Schuhwaren-Konkurs-Ausverkauf

mit anderer Ware findet statt

20 Nikolaistraße 20.

Bücher kaufen und liefern Krüger & Co., Kurprinzstr. 12.

Unser diesjähriger Inventur-Räumungs-Verkauf in

Schuhwaren

welcher nur kurze Zeit dauert, hat begonnen. Wir gewähren auf die bisherigen
billigen, auf die Sohlen gestempelten Preise

zehn Prozent Rabatt!

Ältere Artikel bedeutend billiger!

Ältere Artikel bedeutend billiger!

Hermann Gelpcke

15 Königsplatz 15

Café Royal.

Café Royal.

Curt Hanko

15 Grimmaischer Steinweg 15

Goldenes Einhorn.

Otto Selle

Leipzig - Neustadt

Eisenbahnstraße 29.

Paul Rose

Tauchaer Strasse

Krystall-Palast.

Bertha Rettig

23 Gerberstrasse 23

Wichenbergs Häus.

Reichstag.

115. Sitzung. Sonnabend, 11. Januar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratsstuhl: Reichskanzler Graf Bülow, Freiherr v. Thielmann, v. Gossler, Graf Posadowsky.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.)

geht zunächst auf die Polenfrage ein und verliest, um zu zeigen, wie hoch die Siebehöhe in den Köpfen der Polen gestiegen ist, einen ihm von polnischer Seite zugegangenen Brief, der wegen seiner letzten Polenrede von Verdächtigungen gegen ihn erfüllt ist. Die Angelegenheit des Straßburger Professors Spahn hat einen Verlauf genommen, der allen Beteiligten wenig Freude bereitet haben wird. Herr Professor Michaelis hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen, als er in diese Erörterung einen anderen Fall hineingezogen hat. Der Fall Althoff gehört in die preußische Verwaltung, hierher gehört aber die Thatsache, daß ein katholischer und protestantlicher Professor der neueren Geschichte an die Universität Straßburg berufen worden ist. Man muß hieraus die Anschanung gewinnen, als gäbe es eine katholische oder protestantliche Geschichtswissenschaft. Es steht aber nur eine einzige nichtkonfessionelle Geschichtswissenschaft. Wir werden uns gegen diese Neuerung, Professoren nach ihren religiösen Differenzen anzustellen, weil wir fürchten, solche Professoren würden nur kirchlich abgestempelte Geschichte vortragen. (Oho! im Centrum.) Eine solche Geschichte können wir nicht als wissenschaftliche Geschichte anerkennen. Die Professoren dürfen nur das vortragen, was sie selbst nach ihrer Überzeugung für richtig halten. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler meinte gestern gegenüber meinem Freunde Bassermann, die deutsche Presse und die öffentliche Meinung bedurften keines Leitfadens von oben, daß der Abg. Bassermann auch gar nicht behauptet, er führe die Bewegung des deutschen Volkes bezüglich des Vorentscheidens darauf zurück, weil man über die offizielle Stellungnahme der Regierung nicht klar war. Hier, wie auch in der inneren Politik, wäre eine klare Stellungnahme der Regierung erforderlich. Der forderte Ton, den die Regierung gegenüber den Forderungen des Dr. Oertel anschlägt, wird kaum zu einer Verständigung beitragen. Wir werden stets bereit sein, auf Grund eines Vorgehens auf der mittleren Linie zur Erreichung der gesteckten Ziele beizutragen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Kötter:

Ich bin Herrn Sattler dankbar, daß er mich durch seine Anfrage in die Lage versetzt, vor aller Welt offen und klar darzulegen, wie die ganze Angelegenheit entstanden ist. Herr Sattler führte aus, daß in den Kreisen des gebildeten Deutschland große Erregung über den Fall Spahn geheiratet hat. zunächst glaubte ich nicht, daß der Streit überhaupt so groß ist, und dann fand von einem Kampf zwischen katholischer und protestantischer Wissenschaft keine Rede sein. Schon bei Gründung der Universität Straßburg herrschte die Absicht, neben der protestantischen auch eine katholisch-theologische Professur zu begründen. Diese Absicht stellten sich aber zuerst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, bis die Sache 1894 infolge eines sogenannten "Offenen Briefes" im Landesausschuß zur Sprache gebracht wurde. Der Landesausschuß beschloß keine Erhöhung des Straßburger Universitätssets, sondern sah nur Resolutionen zu weiteren Maßen, bei einer etwaigen Wahlung eine Erhöhung des Etats der Universität Straßburg ins Auge zu lassen. Nun konnte die Regierung in eine Prüfung der Bedürfnisse eintreten. Die katholischen Studenten in Straßburg machen etwa ein Drittel aus, demgegenüber beträgt die Gesamtzahl der außerordentlichen Professoren 78, darunter 4 katholische und 6 Israeliten. (Hört, hört! im Centrum. Große Hinterkeit.) Diese Verhältnisse veranlaßten die Regierung, zu erwägen, ob die katholischen Professoren nicht mehr zu berücksichtigen seien. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Studenten aus dem Reichsland von Jahr zu Jahr wächst. (Lauter Ruf im Centrum: Hört, hört! Große Hinterkeit.) Aus diesem Grunde haben wir einen katholischen Professor berufen. Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auch einen evangelischen Professor berufen hätten. Das war aber nötig, nachdem Professor Barrenbrug nicht mehr da war. (Erneuter lauter Ruf aus dem Centrum: Hört, hört! Große Hinterkeit.) Drei Professoren für Geschichte sind durchaus nötig.

Die zweite Frage ist nun die, die den meisten Staub aufgeworfen hat: Ist die katholische Regierung bejaht, über die Köpfe der Professoren hinweg, einen Professor zu berufen. Nach den in Betracht kommenden Bestimmungen hat die Fakultät aber gar kein Recht, darüber befreit zu werden, wer berufen werden soll, ebenso ist die Zahl der Dozenten keine geschlossene. Wir können also, wenn uns der Landesausschuß das Geld bewilligt, 20 Professoren für Geschichte berufen. (Hinterkeit.)

Nach dieser Darlegung des Falles werden Sie mir zugeben, daß die Erregung über den Fall Spahn namentlich durch die Presse geschürt worden ist. (Widerspruch links.) Sehr richtig hat Herr Sattler gesagt, daß die Professoren nur vorzutragen haben, was sie selbst als wahr erkannt haben. Wir haben das Vertrauen zu den Professoren, daß sie dies thun. Ich hoffe, daß durch meine Ausführungen die ungerechtfertigte Aufregung im Lande nunmehr beseitigt ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bachem (Centr.)

Ich hätte gewünscht, wenn in dieser Sache einer der elssässischen Abgeordneten das Wort ergreifen hätte. Ich meine auch, hierbei zeigt sich in der Beschränkung erst der Weiser. Ich werde die Angelegenheit soweit es studio behandeln. Die Person des Professor Spahn scheitert für uns völlig aus, wir lassen nur die principielle Bedeutung des Falles ins Auge. Herr Sattler hätte nichts dagegen gehabt, wenn ein Protestant oder Israelit Geschichte gelesen hätte; wenn dies nun ein Katholik thut, regt er sich auf. (Sehr richtig! im Centrum.) Auch ich meine, daß es keine spezielle katholische Geschichtsauffassung gibt, aber die Gesamtauffassung der Geschichte ist doch eine verschiedene, je nach dem Standpunkt des Verfassers. Ein katholischer Professor braucht sich keinerlei Beschränkungen aufzuwerfen in der Beurteilung der Thatsachen; die katholische Kirche beeindruckt ihn in seiner Weise.

Ich komme jetzt zum Fall Spahn. Diese Angelegenheit hat eine Bewegung für die sogenannte Voraussetzungsflosigkeit der Wissenschaft veranlaßt. Diese Voraussetzungsflosigkeit trägt eine ganz falsche Voraussetzung in sich. Unsere Universitäten sind Staatsanstalten. Straßburg ist eine Reichsuniversität. Man darf also mit Zug und Recht verlangen, daß in der Auswahl der Professoren die natürlichen Bedürfnisse eines Reiches oder eines Landes ihre Berücksichtigung finden. Durch die Feststellungen des Herrn v. Kötter, über die ich mich sehr freue, ist Klarheit in die Sache gekommen. Wenn die Regierung die Fakultäten nicht zu befragen braucht, so ist sie allein verantwortlich für die Beziehung der Straßburger Professorenstellen. Wie könnte es denn dann überhaupt kommen, daß in einem größtentheils katholischen Lande der Katholizismus von zahlreichen Lehrbüchern wissenschaftlich herabgesetzt wurde ohne auch nur von einem einzigen Professorenstuhl verteidigt zu werden.

Im Namen der Gemeinschaft meiner Freunde kann ich nur erklären, daß wir dafür sorgen werden, daß diese Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Zum Schlus will ich Herrn Sattler nur das eine fragen: Wenn ein Katholik nicht geeignet ist, Geschichtswissenschaft zu lehren, kann denn dann ein Reformierter zugeben, daß ein Lutheraner Geschichtswissenschaft lehren könne und kann denn dann die Institutionen von vornherein geeignet dazu? Hoffentlich greift auf der Universität Straßburg in Zukunft ein weitausgelehrtes Vorgehen im Sinne der paritätischen Behandlung der Konfessionen Platz. (Beifall im Centrum.)

Abg. Biebel (Soz.):

Auf die Polenfrage werde ich nicht eingehen; bei der Fortsetzung der Beratung der Interpellation unserer polnischen Kollegen wird das Notwendige darüber von uns gesagt werden. Ich bestätige auch nicht, auf die eben gehörte Debatte über die Straßburger Universität näher einzugehen. Herr Sattler hätte sich seinen Operationsplan besser überlegen und diese Sache bei der Spezialberatung des Etats für Elsaß-Lothringen vorbringen sollen (Sehr richtig! links), dann hätte die Kulturlampsdebatte in voller Abschließung dem Hause vorgetragen werden können. Jetzt ist er von Herrn Bachem, von dessen Standpunkt aus, gehörig verhindert worden (Hinterkeit) und hat einige Tage lang keine Gelegenheit ihm zu antworten. Sehr interessant war mir bei der Debatte nur, wie man sich allgemein die Bezeichnung der Lehrstühle an unsern Universitäten denkt. Es handelt sich danach nicht darum, wie ich bisher geglaubt habe, die tüchtigsten Gelehrten auszuwählen, sondern es wird vor allem danach gefragt, welche Religion der Betreffende angehört. Es ist die Theorie aufgestellt worden, daß die Zahl der katholischen Professoren der Zahl der katholischen Studenten zu mindest entsprechen müsse. Auf den Begriff der voraussetzungsflosigen Wissenschaft will ich nicht länger eingehen. Ich bin überzeugt, daß man von einer solchen bei uns überhaupt nicht sprechen kann. Jeder hat heute seinen bestimmten Standpunkt und tritt seine Parteianschauung vor. Es ist ja gewiß der richtige Weg, daß zunächst die Fakultäten das Vorschlagsrecht haben, aber es ist nicht geschlossen, daß diese unparteiisch eine Auswahl treffen. Wir Sozialdemokraten haben es ja am eigenen Leibe erfahren müssen. Mehrere unserer Parteifreunde sind entweder zur Universität nicht zugelassen oder von ihr weggewiesen worden. Ich erinnere nur an den bekannten Fall Arons. Man sollte doch meinen, daß die Chemie wirklich nichts mit der politischen Gesinnung zu thun habe (Abg. Singer: Aber Herr Althoff glaubt es!), und doch hat man Arons von der Universität verwiesen. Aehnlich ist es Konrad Schmidt gegangen, einem außerordentlich tüchtigen, vorzüglichen Volkswirtschaftler, der verschiedenes gute Schriften veröffentlicht hat. Er hatte die Absicht, sich als Privatdozent in Leipzig niedergelassen, man hat aber von Seiten der Regierung und mit Erfolg alles daran gesetzt, daß zu verhindern. Es ist klar, daß bei uns eine Voraussetzungsflosigkeit der Wissenschaft nicht existieren kann und darf. Dem Professor sollte es überlassen werden, der es bei uns mit aller Rücksichtslosigkeit wagen will, z. B. atheistische Anschaunungen zu lehren. Ich beweise es auch sehr, daß z. B. Herr Hädel noch auf einer anderen Universität, als in Zenz seinen dorionistischen Standpunkt in der Schärfe vertreten könnte. Was der Debatte aber besonderes Interesse gegeben hat, ist, wie Herr Bachem ganz richtig hervorhob, daß obgleich die Statuten vorschreiben, daß der Kaiser das Recht hat, die ordentlichen Professoren zu ernennen, es dennoch im Laufe der Jahre zur Gewohnheit geworden ist, daß die Fakultäten Vorschläge machen und zwar werden gewöhnlich drei Kandidaten vorgeschlagen. So ist auch hier verfahren worden. Unter den drei vorgeschlagenen Professoren befand sich auch ein Katholik, gleichwohl ist dieser nicht ernannt worden, sondern man hat einen Mann zum Professor ernannt, der bisher in Universitäts- und wissenschaftlichen Kreisen völlig unbekannt war (Oho! im Centrum). Diese Absicht stellten sich aber zuerst unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, bis die Sache 1894 infolge eines sogenannten "Offenen Briefes" im Landesausschuß zur Sprache gebracht wurde. Der Landesausschuß beschloß keine Erhöhung des Straßburger Universitätssets, sondern sah nur Resolutionen zu weiteren Maßen, bei einer etwaigen Wahlung eine Erhöhung des Etats der Universität Straßburg ins Auge zu lassen. Nun konnte die Regierung in eine Prüfung der Bedürfnisse eintreten. Die katholischen Studenten in Straßburg machen etwa ein Drittel aus, demgegenüber beträgt die Gesamtzahl der außerordentlichen Professoren 78, darunter 4 katholische und 6 Israeliten. (Hört, hört! im Centrum. Große Hinterkeit.) Diese Verhältnisse veranlaßten die Regierung, zu erwägen, ob die katholischen Professoren nicht mehr zu berücksichtigen seien. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Studenten aus dem Reichsland von Jahr zu Jahr wächst. (Lauter Ruf im Centrum: Hört, hört! Große Hinterkeit.) Aus diesem Grunde haben wir einen katholischen Professor berufen. Nun wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir auch einen evangelischen Professor berufen hätten. Das war aber nötig, nachdem Professor Barrenbrug nicht mehr da war. (Erneuter lauter Ruf aus dem Centrum: Hört, hört! Große Hinterkeit.) Drei Professoren für Geschichte sind durchaus nötig.

Was nun den Etat anlangt, so ist hier viel vom Deficit des Postsets gesprochen worden. Herr Sattler hat ausgerednet, daß das Deficit noch größer sein würde, wenn die Eisenbahnen der Einzelstaaten sich ihre Leistungen für die Post richtig bezahlen lassen würden. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß die Post auch Verpflichtungen übernommen hat, die sie nicht vergütet erhält. Sie muß sämtliche Staatskorrespondenz gratis befördern. Auch die Fürsten haben das Privilegium der Postfreiheit, das von ihnen in standesgemäßer Weise ausgeübt wird. Die gegenwärtige Krise würde auch einen Ausfall in den Einnahmen herbeigeführt haben, wenn auch die alten Poststädte gelebt wären. Graf Stolberg sprach der Weisheit der Wellenbewegung der Krise und der Prosperität. Dieser Cyklus von Prosperität und Krise ist keine Wellenbewegung, die immer vor und immer sein wird. Die Krise hängt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, sie wächst in dem Maße, als vorher die Prosperität gestiegen ist. Manche Leute, und zu ihnen gehört auch der Reichsbankpräsident Dr. Koch, meinen, die Krise habe ihren Höhepunkt jetzt überwunden. Ich glaube das nicht. Wir haben unsere Produktions- und Arbeitsmittel so vermehrt, daß wir bei normaler Arbeitszeit viel mehr Waren fabrizieren können, als etwa noch 1894. Die kapitalistische Produktion ist aber anarchisch, sie kann das Maß der Waren, das gebraucht wird, nicht mehr erreissen. Mangelt der Abfall, so stößt auf einmal die ganze Produktion. Eine Einschränkung der Produktion, wie sie durch die abnehmende Kauffähigkeit der Bevölkerung hervorgerufen wird, bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit, Verminderung der Löhne und damit Elend und Arbeitslosigkeit für Hunderttausende von Familien. So ergreift die Krise, wie ein Wasserschwall immer größere Kreise zieht, immer weitere Kreise und zwinge sie zu einer Einschränkung ihrer Konjunktur, bis endlich der Tiefpunkt erreicht ist und allmählich wieder ein Aufstieg erfolgt. Eine Aenderung wird nur möglich sein, wenn sich Produktion und Verbrauch für jeden einzelnen Artikel statistisch feststellen lassen wird. Es wird einmal eine Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft sein, diesen Zustand herbeizuführen; die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren anarchistischen Produktionsverhältnissen ist dazu nicht im Stande. (Oho! rechts.) Das Kohlensyndikat arbeitet gegenwärtig trotz der Krise noch immer daran hin, die Preise für das Inland möglichst hochzuhalten, während es die Kohlen zu billigeren Preisen auf den ausländischen Markt bringt. Dies Verhalten hat bei mir und meinen Freunden schon lange die Überzeugung wachgerufen, daß auf diesem Gebiete die Staatsgewalt eingreifen muß. Das Bestreben muß darauf gerichtet sein, den gefärbten Kohlenbau, die gefärbte Kohlenproduktion zu verstaatlichen. Die Syndikate haben einerseits einen ungemein harten Druck auf die Arbeiter ausgeübt, ihnen das Koalitionsrecht erschwert oder sogar unmöglich gemacht und auf der anderen Seite die inländischen Konsumenten gezwungen, ihre Waren zu teureren Preisen abzunehmen, als das Ausland. Weiteres zu dieser Frage wird bei den wirtschaftlichen Debatten zum Posttarif gesagt werden müssen. — Das angeführte der bestehenden wirtschaftlichen Zustände Reich und Staat die Pflicht haben, der Arbeitslosigkeit, dem Elend und der großen Massen mit allen Kräften entgegenzuhalten, versteht sich ganz von selbst. Hierüber wird die Interpellation meiner Freunde Gelegenheit bieten zu sprechen. Graf Stolberg meinte, auch die Gegner von Marinebewilligungen müßten angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit die Forderungen des gegenwärtigen Etats im Interesse der Arbeiter bewilligen. Ich erkläre demgegenüber, daß die Sozialdemokratie auch unter den gegenwärtigen Umständen für derartige Bewilligungen nicht zu haben sein wird, und zwar in Rücksicht auf die Konsequenzen einer derartigen Bewilligung für unsere gesamte politische Stellung den Marines- und Militärforderungen gegenüber. Warum hat Graf Stolberg nicht erklärt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles aufzubieten werbe, daß die Kanatvorlage sobald wie möglich im preußischen Abgeordnetenhaus zur Verabsiedlung gelange. (Unruhe rechts; Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dabei handelt es sich um mehr als 400 Millionen Mark. Ueberhaupt wartet eines wirklich kulturellen Staates eine solche Mengefülle von sozialen und kulturellen Aufgaben, daß eine Milliarde nicht ausreichen würde, um alles das auch nur eingerahmt zu befriedigen, was ich Ihnen vorschlagen könnte. Damit würde Arbeit geschaffen werden für Hunderttausende von Arbeitern. In Bezug auf die soziale Reform sind wir auf einen toten Punkt gekommen. Alles, was in den letzten Jahren geschehen ist, ist nur Stückwerk, Fleißwerk; seine einzige einzuhaltende große Maßregel ist getroffen. Es wäre ehrlich an der Zeit, im deutschen Reich einen Normalarbeitsstag von zunächst 10 Stunden einzuführen, der dann bis auf 8 Stunden herabgehen müßte. Im Jahre 1872 — diese Reminiszenz dürfte besonders die Herren von der Rechten interessieren — fand in Eisenach eine Konferenz ländlicher Arbeitgeber statt, auf der ein Antrag des bekannten sozialreformers Rudolf Meyer und eines medioburgischen Konserventen angenommen wurde, in welcher die gesetzliche Einführung einer Normalarbeitszeit von wöchentlich 56½ Stunden gefordert wurde (Hört! hört! bei den Soz.). nicht allein für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft. Darauf hat der Geh. Regierungsrat Wagener, der ebenfalls auf jener Konferenz anwesend war, dem Fürsten Bismarck eine Denkschrift eingereicht, in der eine einschneidende soziale Reform als Aufgabe der Reichsregierung bezeichnet wurde, um auf diese Weise die katholischen Arbeiter dem Centrum abhängig zu machen. Zu diesem Zweck überreichte Geh. Regierungsrat Wagener der Regierung einen Gesetzentwurf, in dem eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 56½ Stunden gefordert, Überstunden ausdrücklich ausgeschlossen und für die Frauen und Kinder weitere Verkürzungen der Arbeitszeit vorgesehen wurden. Für die ländlichen Arbeiter sollte die Arbeitszeit im Frühjahr und Herbst nicht über 11 Stunden, im Sommer nicht über 10 Stunden betragen. (Hört! hört! bei den Soz.) Heute, nach 30 Jahren, ist dieser Gedanke noch ebensoviel Gefeit wie damals. Was würden die Konserventen sagen, wenn wir ihnen heute diesen Gesetzentwurf mit zeltgemäßen Änderungen wieder vorlegen?

Wir verlangen auf sozialem Gebiete ferner einen Gesetzentwurf betreffend das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit und Befreiung der Mütternde der Heimarbeit. Mit den Vorschlägen des Reichsministers des Innern und macht zur Erweiterung der jetzt bestehenden Kommission für Arbeiterstatistik, sind wir in keiner Weise zufrieden. Wir verlangen eine vollständige gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, wie sie für das Unternehmerium in den Landwirtschaftskammern, in den Handels-, den Gewerbe- und Handwerkkammern besteht. Haben die 18 Millionen Arbeiter weniger Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung, wie die 5½ Millionen Unternehmer? Aber freilich, nach der ganzen Haltung des Reichsministers des Innern sind wir überzeugt, daß es auch weiterhin Reformen auf diesem Gebiete hintanzuhalten bestrebt sein wird.

Ich bin überzeugt, daß in unserem Etat auch fernerhin die Ausgaben wachsen, die Einnahmen mindestens nicht steigen werden. Sie haben ja bereits alles besteuert, was überhaupt zu besteuern möglich ist. Welcher Gegenstand soll noch weiter besteuert werden, der eine nennenswerte Summe einbringen könnte. Das Centrum hat ja seine Phantasie, um die sogenannte Auguststeuer auszubauen, nach allen Richtungen angestrengt, trotzdem haben sich die Einnahmen nicht vermehrt. Die Herren haben sich mit ihren Steuerprojekten sehr versehen. Auch die Börsengeschäfte sind in einer Weise besteuert worden, die den Börsenverkehr notwendig beeinträchtigen mußte. Wir haben vorher auf das verkehrte dieser Art von Besteuerung aufmerksam gemacht, die sechs seit Jahren haben uns immer mehr Ausgaben gebracht; immer höher ist die Schuldenlast des Reichs gewachsen. Durch die Flottenvorlage sind dauernde Ausgaben festgelegt worden. Daß da die Schuldenlast größer geworden ist, wie kann man sich darüber wundern! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1888 hat das deutsche Reich 984 Millionen Mark Schulden; am 1. September 1901 war diese Schuldenlast auf 2000 Millionen Mark gestiegen. 110 Millionen Mark Anteilstrebet waren noch vorhanden und 182 Millionen Mark werden neu gefordert, so daß jetzt die Schuldenlast auf 2088 Mill. Mark gestiegen ist. Die dritte Milliarde ist voll und im nächsten Jahre marschiert sie stotternd in die vierte Milliarde Schulden hinein! Der Schatzsekretär hat uns versichert, daß die Regierungen alles aufgeboten haben, die Ausgaben zu beschränken, um die Einzelstaaten statt mit 60 nur mit 24 Millionen Mark zu beladen. 80 Millionen Mark Ausgaben sind also gestrichen. In der öffentlichen Haushalt ist gesetzt worden, die den Börsenverkehr notwendig beeinträchtigen mußte. Wir haben vorher auf das verkehrte dieser Art von Besteuerung aufmerksam gemacht, die sechs seit Jahren haben sich die Schuldenlast des Reichs gewachsen. Durch die Flottenvorlage sind dauernde Ausgaben festgelegt worden. Daß da die Schuldenlast größer geworden ist, wie kann man sich darüber wundern! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1888 hat das deutsche Reich 984 Millionen Mark Schulden; am 1. September 1901 war diese Schuldenlast auf 2000 Millionen Mark gestiegen. 110 Millionen Mark Anteilstrebet waren noch vorhanden und 182 Millionen Mark werden neu gefordert, so daß jetzt die Schuldenlast auf 2088 Mill. Mark gestiegen ist. Die dritte Milliarde ist voll und im nächsten Jahre marschiert sie stotternd in die vierte Milliarde Schulden hinein! Der Schatzsekretär hat uns versichert, daß die Regierungen alles aufgeboten haben, die Ausgaben zu beschränken, um die Einzelstaaten statt mit 60 nur mit 24 Millionen Mark zu beladen. 80 Millionen Mark Ausgaben sind also gestrichen. In der öffentlichen Haushalt ist gesetzt worden, daß aber in Rückblick auf die einzelnen Staaten die Ausgaben entsprechend herabgesetzt werden sind. Wie lange werden denn die Herren von der Regierung noch sparen, wann werden sich denn die Kriegs- und Marineminister von neuem anmelden. Die 86 Millionen Mark, die jetzt gestrichen sind, bleiben schwelen und werden wahrscheinlich im nächsten Jahre gefordert werden. Wie ist nicht der Militär- und Marinestat gewachsen. Er beträgt gegenwärtig 1030 Millionen Mark, vor 18 Jahren aber betrug er nur 658 Millionen Mark, und darunter befanden sich 178 Millionen Mark für außerordentliche Ausgaben für die Kosten der im Vorjahr bewilligten Heeresverstärkung. In diesem Etat sind die einzmaligen außerordentlichen Ausgaben vergleichsweise niedrig, sonst würden wir einen Militär- und Marinestat von rund 1100 Mill. Mark vor uns sehen. Herr Bachem hat nun den Nationalliberalen lebhaft vorgeworfen, daß sie die Mehrausgaben nicht verhindert hätten. Ach, meine Herren vom Centrum, so können Sie sich wirklich nicht reinwaschen! Sie tragen die Verantwortlichkeit für die Zustimmung, die Sie gegeben haben. Die Nationalliberalen gingen voran und Sie folgten treulich nach. Besteht nicht zwischen Centrum und Nationalliberalen ein beständiges Wettkampf um die Gunst der Herren von der Regierung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wie kann man sich aber besser die Gunst der Regierung erwerben, als durch Bewilligungseifer, als dadurch, daß man mit vollen Händen giebt, was verlangt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unruhe im Centrum und bei den Nationalliberalen. So sind wir in die Milliardenausgaben hineingekommen. Man hat der Regierung hier und in den Landtagen Vorwürfe wegen der Ausgabenhöhe gemacht. Das versteht ich wirklich nicht. Von der Regierung kann man doch nicht verlangen, daß sie spart. Es liegt in der Natur jeder Regierung, daß sie ihre Mittel zu stärken sucht. Aber Sie sind als Volksvertreter dazu da, diefe Aspirationen zu widerstehen. Ist denn der Reichstag nur eine Jagdmaschine?! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als Vertreter des Volkes, die Sie mit dem Volke in Verbindung stehen, haben Sie die Pflicht gegen derartige Forderungen der Regierung zu protestieren und sie niederzuwalzen. Verschonen Sie also die Regierung mit solchen Vorwürfen! Was vom Widerstand des Landestags zu halten ist, nun, das wissen wir alle. Was hier in Berlin gespüft wird, danach tanzt man in Karlsruhe, München und Stuttgart, und wenn den Herren die Melodie auch noch so unangenehm ist. (Sehr gut! und Hinterkeit links.) Aber wir Volksvertreter sind zum Widerstand da. Sagen Sie also nicht: böse Regierung! sondern böse Volksvertretung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben sich zu bessern. Der Schatzsekretär hat neue Bier- und Tabaksteuern angekündigt. Für seine Interessen hat er den Moment gewählt sehr ungünstig gewählt. Und ist aber die Ankündigung gar

in mir unerträglich. Er kann sich anstrengen Tag und Nacht, ich glaube kaum, daß ihm etwas einfallen wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er müßte denn etwas auf den Gedanken kommen, Lust und Wasser zu besteuern. (Heiterkeit links. Abg. Dertel: Klaviersteuer!) Also Herr Dertel entsprach sich als Finanzmann! (Große Heiterkeit.) Besteuern Sie nur die Klawiere, dann werden weniger gekauft und die Arbeitslosigkeit der Verkäufer wächst. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Auf dem Gebiet der alten Steuerprogramme ist die Regierung bankrott. Das einzige Mittel, der Finanznot des Reiches abzuholen, ist ein Reichseinkommen- und Vermögenssteuer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer erhält denn das Reich? Wer stellt denn die Soldaten? Wer trägt denn die Reichsteuer? Das ist das Proletariat. (Lärm rechts.) Das sind die Arbeiter, die kleinen Leute, die große Masse der Bevölkerung. Die bringen die Mittel durch die Steuern auf Getreide, Fleisch, Petroleum, Salz, Bier, Zucker &c. auf.

Wenn die Deutschen nach den Grundtäufen der Gerechtigkeit zu den Kosten herangezogen würden, sie würden am lautesten schreien und alle republikanisch werden, wenn die Einkommensteuer auf 5 Prozent erhöht würde. Im sächsischen Landtag haben die Konser-vativen den von der sächsischen Regierung beachtigten Gesetzentwurf verschoben, der eine Erhöhung der Vermögenssteuer vor sieht. (Widerspruch des Abg. Dr. Dertel.) Das wissen Sie nicht, Herr Dr. Dertel. Sie schelten in sächsischen Dingen wenig Be-scheid zu wissen. (Heiterkeit.) Die Finanzlage ist so ungünstig wegen der vorläufigen steigenden Ausgaben für Militärzwecke. Die 7000 Mann aus dem leichten Duldquartier, die damals gestrichen wurden, bleiben Ihnen deswegen nicht geschenkt. Wenn der Kriegsmüller die Forderung jetzt nicht gestellt hat, so weiß er warum. Die Bewilligung wäre in diesem Augenblick einfach unmöglich. Vielleicht hat er im Bundesrat die 7000 Mann schon gefordert und sie sind ihm schon da gestrichen worden. (Heiterkeit.) Nun hat der Kaiser sowohl in Hamburg als auch in Danzig nach der Extremie mit dem Baron den europäischen Frieden für lange Zeit als gesichert erklärt. (Redner verliest die betreffenden Sätze aus den kaiserlichen Reden. Der Vizepräsident Graf v. Stolberg hört die Verlesung stehend an.) Wie reint es sich damit zusammen, daß wir von Jahr zu Jahr neu Militärkräfte bewilligen, gleichsam als hätten wir nichts Wichtiges zu thun, als unsere besten Leute in den bunten Rock zu stecken. Auf der anderen Seite wird aus hohem Munde freilich über Weltpolitik gesprochen, es heißt da in einer Rede: Der Punkt werden immer mehr, an denen wir unsere Rüstungen aufhängen können, auch der Konfliktstoff vermehrten müssen. Es ist mir durchaus erschärft, daß die Kontrahenten des Dreikönigbundes einer gewissen Sorge erschöpft werden, wenn sie diese Art unserer Weltpolitik beobachten. Auf der anderen Seite steht ebenso fest, daß, wenn wir erst die Politik der freien Hand im ganzen Umfang ausführen, wir dann noch viel tiefer in unseren Geldbeutel werden greifen müssen. Der Abg. Dertel hat über den Dreikönigbund geholt und gesagt, er sei eigentlich nur Italien und Österreich zuliebe geschlossen worden. Fürst Bismarck war nicht der Mann, irgend einer anderen Nation etwas zuliebe zu thun. Nach dem Zusammenbruch des Dreikönigbundes war der Dreikönig eine politische Notwendigkeit. Es versteht sich doch aber nun von selbst, daß, wenn wir mit der Möglichkeit eines großen Krieges zu rechnen haben, wir nicht alle unsere Kräfte so weit ausgeben, daß für den Krieg nichts mehr übrig bleibt. Wenn wir uns nun jetzt schon die Köpfe über den lausenden Staat zerbrechen müssen, wie soll es dann werden, wenn ein Krieg ausbricht. Die 120 Millionen im Juliusturm, die reichen genau gerechnet nur für drei Kriegstage. Ein Oberst, Edler von der Ton, hat in einer Broschüre die Ausgaben eines künftigen Krieges berechnet. Merkwürdigweise hat er nicht das Jahr 1902 sondern das Jahr 1922 als Grundlage genommen. Ich habe mir die Mühe genommen, die Rechnung auf den gegenwärtigen Stand unserer Streitkräfte zurückzuführen. Der Oberst berechnet, daß jeder Mann pro Tag 8 M. kosten wird. Wir haben 8%, Millionen aktives Heer, die täglich 21 Millionen kosten würden. Unser freiwilliges Aufgebot von 4 Millionen würde 24 Millionen, die gesamte Wehrkraft also 45 Millionen täglich erfordern. Das ist in 6 Monaten eine Summe von 8100 Millionen, in einem Jahre die Summe von 16200 Millionen. (Lärm rechts.) Ich halte mich doch genau an die Berechnung des Obersten. Ich verstehe also Ihr Lachen nicht. Möglich ist es ja, daß wir kein Jahr Krieg führen können, denn in den ersten acht Tagen werden eine Anzahl europäischer Großmächte den Bankrott anstreben müssen. Die Erfahrungen, die wir in China gemacht haben, die sollten uns doch zur Vorsicht mahnen. Herr Bachem ist freilich mit dem chinesischen Heerzug ganz einverstanden. Herr Bernhard, der belgische Minister, ein katholischer Minister urteilt ganz anders über den Chinakrieg. Er sagte: Es sind in China Befehle gegeben worden von Generälen, die mit den Haager Beschlüssen nicht vereinbar sind. Unter Jahrhundert ist nur in Wörtern nicht in Thaten sehr human. (Sehr gut! links.) Das Völkerrecht ist in China mißachtet worden. (Hört, hört! links.) Gewalt geht vor Recht. (Erneutes hört, hört! links.) So sprach ein belgischer Minister, ein Staatsmann der Gegenwart von dem Chinakrieg. In einer Neujahrsrede 1901 wurde gesagt, es sei notwendig gewesen, daß wir uns einmal mit Thaten überreden. In der Deutschen Welt erschien weiter ein Artikel „von einem Offizier“, in dem ausgeführt wurde, daß unsere militärischen Niedungen beiderseitlicherweise einem Beispiel glichen, auf daß die Probe nicht gemacht werden könne. 30 Jahre Frieden seien zu allen Seiten ein Verhängnis für ein Volk gewesen, sie bedeuteten ein Radua für unsere Armee. (Hört, hört! b. d. Soz.) Andererseits aber betont der Kaiser immer von neuem in seinen Reden, der Frieden sei auf Jahre hinaus gesichert. Was sind das für Widersprüche! — Gegenüber den Ausführungen der Herren Bässermann und Bachem wäre es sehr verlockend, noch einmal auf die chronologische Entwicklung der Dinge, wie sie zu dem Geländemord in China führten, ausführlich einzugehen. Mit Rücksicht auf die welt vorgerückte Zeit will ich es unterlassen. Aber ich will doch daran erinnern, daß der Aufstand der Boxer die notwendige Folge des Verhaltens der Mächte und überhaupt der Fremden in China war. Ich erinnere an die Wegnahme von Kiautschou, die Besetzung Port Arthur, von Wei-hai-wei &c., an die rücksichtlose Art, wie die Fremden gegen die Chinesen im Lande vorgingen, kurz an die ganze Reihe von Maßregeln, die in jedem anderen Volke längst den höchsten Grab der Erbitterung gegen die fremden Einbrüderlinge hervorruften müßte. Ich erinnere daran, daß am 18. Juni, sechs Tage vor der Ermordung unseres Gesandten, deutsche Soldaten von den Wällen der deutschen Gesandtschaft auf friedlich zusammenstehende Chinesen geschossen und sieben bis acht denselben getötet wurden. Durch all diese Maßregeln ist das Völkerrecht auf das schwerste verletzt worden.

Die Ermordung des deutschen Gesandten geschah unter dem Eindruck der Einstürzung der Taufurts. An diesem Tage erging in Peking der Befehl an die Truppen, jeden Europäer, der ihnen begegnete, zu erschießen. Das ist in dem Bericht des sogenannten Mörders des Baron v. Ketteler festgestellt worden. Der betreffende chinesische Offizier, der diesen Befehle nachkam, hat damit nichts gethan, als nach deutschen Begriffen seine Pflicht als treuer Soldat zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er hat nichts anderes als wenn unsere Soldaten auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Unteroffizier hat sich noch besonders erkundigt, ob der Befehl wirklich so gelautet habe. Er ist dann erschossen worden und sein Kopf ist in Spiritus gelegt und nach Deutschland überführt worden. Es wäre mir interessant, zu erfahren, wer in Deutschland einen so-

perverlen Geschmack hat, den Kopf dieses Mannes in Spiritus sehen zu wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er ist nach Berlin geschickt worden; vielleicht ist einer der Herren auf Rechnungsgäste so freundlich, mir über diese Handlungswweise Aufschluß zu geben.

Als seiner Zeit der Stoff des Major Schill in Spiritus gelegt wurde, erregte dies Entrüstung in ganz Europa. Jetzt hundert Jahre später, sollte man annehmen, wäre so etwas unmöglich. Über wir sind ja bei dieser Expedition überhaupt an wunderbare Dinge gewöhnt geworden, vor allem an jene Parole, nach der nach meiner Überzeugung voll und ganz in China gehandelt wurde; jetzt keinen Pardon, benennt Euch so, daß auf tausend Jahre kein Chinesen mehr es wagt, einen Deutschen schoß angesehen. Nun, damit ist es etwas anders gekommen. Wir haben ja das chinesische Prinzip bei uns gesehen, er hat den Toten noch gemacht, den man von ihm verlangte. Er hat sich nicht einschüchtern lassen, wohl aber hat man sich in Berlin einschüchtern lassen. Wollte man nicht vor der ganzen Welt durch das Scheitern der Sühnemission blamirt sein, mußte man dem chinesischen Prinzip nachgeben, und das ist auch zum Gaudium des ganzen Auslandes geschahen. Ich bin auffällig in einem Zuge mit den Herren von der chinesischen Sühnemission gefahren, aber ich habe nur gesehen, daß die Herren ganz liebenswürdige und freundliche Gesichter gemacht haben, und so dreinschauten, als ob sie sich ganz wohl fühlten bei uns. Von einem Scheitern war nicht die Rede. — Gefangene sind nicht gemacht worden von unseren Truppen in China; wir haben nur immer gelebt 200 Chinesen tot, 600, 800, anders als abgerundet. Hunderte wurden überhaupt nicht gezählt; ohne Rückicht darauf, ob es Männer, Weiber oder Kinder waren, hat man sie niedergeschossen. Das sind Thatsachen, die gewiß nicht dem Rubrum Deutschlands und der europäischen Civilisation förderlich gewesen sind. Die Kriege in China, in Transvaal, auf den Philippinen sind ein Schandmal für unsere Civilisation, sie sind ein Szelten für unsre Seiten, Schande für die Verwirrung und Verrottung des Völkerrechts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Die Wegnahme der Pekinger Instrumente hat auch Herr Dr. Bachem aus dem Osnabrücker Konsilientag als einen Raub bezeichnet, den man sich deutscherseits habe zu schulden kommen lassen, und der Strafrechtslehrer von Alsat hat die Handlung Deutschlands als völkerrechtswidrig bezeichnet. Aber diese Wegnahme ist nach dem Bezeugnis des Generalleutnants von Westel anbefohlen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr von Westel hat im Stuttgarter China-Prozeß ausgesagt: Die astronomischen Instrumente von Peking sind allerdings als Kriegsbeute beschlagnahmt worden, teils ihres Kunstschatzes, teils ihres materiellen Wertes wegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir halten Befehl, solche öffentlichen Gegenstände zu beschlagnehmen, um die Kriegsosten zu decken. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich frage den Kriegsminister, wer diesen Befehl ertheilt hat; das ist außerordentlich wichtig. Ist er von dem Grafen Waldersee, dem Höchstkommandierenden in China, ausgegangen? Einerlei aber, von welcher Stelle der Befehl ausgegangen ist, gewiß bedeutet diese Wegnahme einen Verstoß gegen die §§ 129 und 131 des Militärstrafgesetzbuches, wonach eine Handlungswweise wie die Wegnahme der Pekinger Instrumente als eine Plünderei angesehen wird, die durch das Kriegsrecht bestraft wird. § 131 des Militärstrafgesetzbuches sieht für solchen als Plünderei anzusehenden Missbrauch der militärischen Überlegenheit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und Verfung in die zweite Klasse des Soldatenstandes vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Derjenige, der diese Plünderei angeordnet hat, muß auf Grund des Militärstrafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch das Protokoll der Haager Friedenskonferenz erklärt, daß Gegenstände und Gebäude, die dem Gottesdienst, dem Unterricht und der Kunst und Wissenschaft zu dienen bestimmt sind, auch wenn sie dem Staat gehören, als Privat Eigentum zu behandeln sind. Eine jede Schädigung solcher Gegenstände und Denkmäler sei verboten und müsse geahndet werden. Wo ist in diesem Falle die Ahndung geblieben, wo sind die Herren zur Verantwortung gezogen, die die Pekinger Instrumente hierhergebracht haben. Die chinesische Regierung ist ja quäglich genug gewesen, zu erklären: Ihr habt sie nun einmal gestohlen, behaltet sie, wenn Ihr wollt. (Heiterkeit.)

Ich komme zu den Vorgängen in Südafrika und erkläre offen: Was dort an Brutalität, Gewalttätigkeit und Verlegung des Völkerrechts geleistet wurde, läßt sich nur noch vergleichen mit den Zeiten des 30-jährigen Krieges.

Ich begreife auch, daß der Minister Chamberlain ärgerlich war über die Haltung der deutschen und der übrigen europäischen Presse diesen Gewaltthaten gegenüber. Ich begreife aber nicht ganz die Aufregung in gewissen Kreisen des deutschen Volkes über die bekannten Neuverordnungen Chamberlains. Man hatte seinen Grund, Chamberlains Urteil über die deutsche Kriegsführung zu fürchten. Chamberlain hat auch, soweit ich die Stelle der Rede kenne, nicht nur Deutschland gemeint, sondern auch Russland, Frankreich, die Vorgänge in Kleinasien &c. ganz direkt bezeichnet. Und es ist doch auch im deutsch-französischen Kriege manches Ungehörige vorgekommen, wie überhaupt in jedem Kriege. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie bestreiten, daß namentlich nach Sedan, als dieser Krieg von französischer Seite anfing, ein Volkskrieg zu werden, auch deutscherseits eine ganze Reihe von Gewaltthaten vorgenommen sind, die man sehr schwer verurteilen muß? Die Franzosen waren nach Sedan in der Lage der Transvaaler von heute und der Preußen im Jahre 1813. Gegen die Frankireurs wurden von deutscher Seite die strengsten Befehle erlassen, eine Menge von ihnen wurde niedergeschossen. Ich möchte die deutsche Armee nicht der Gefahr aussetzen, in ähnlicher Lage, wie jetzt die englische Armee, zwei Jahre lang einen ähnlichen Krieg führen zu müssen, ohne Aussicht auf Beendigung derselben. Glauben Sie nicht, daß dabei die deutschen Truppen auch verrohen würden? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einen solchen Charakter nimmt unbedingt jeder Krieg an, wenn einmal die große Masse des Volkes sich gegen die Einbrüderlinge empört. Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat gestern über die Zusammenlegung der englischen Armee gesprochen. Ich möchte dabei an eine Neuverordnung des schwäbischen Kriegsministers erinnern, der auch für Deutschland die Bildung einer Kolonialalarme aus ähnlichen Elementen empfiehlt. Dieses Blatt schrieb im Jahre 1900, man solle eine starke Kolonialarmee bilden aus der Heiße des Volkes und die Ansässen der Gefangnisse diesen Truppen einreihen. „Verwenden wir Offiziere, die in deutschen Garnisonen als nicht ganz tairo erscheinen, zur Führung dieser Kolonialtruppen.“ (Hört, hört! links.) Auch hier leuchtet die Absicht vor, solche Kriege möglichst roh und brutal zu führen. Also auch in Deutschland erheben sich hochangeschorene Stimmen zur Bildung einer Armee aus denselben Elementen, aus denen angeblich die englische besteht und zwar speziell zur Führung des Krieges in China. An den Plündерungen in China haben notorisch auch die Missionäre teilgenommen. Die französische Regierung hat ganze Kisten chinesischer Beute in Marseille landen lassen. In Paris ist ein prächtliches Zeug der Kaiserin von China aufgestellt. Der Bericht des französischen Generals Bayon beschuldigt den französischen Bischof Bayon, daß er eine Menge von 3-400 eingeborene Christen, durch französische Soldaten eskortiert, zur Plünderei verwendet habe. In Peking seien dabei ganze Wagen mit Silberschätzen im Werte von 3-400 000 M. beladen worden. Der Direktor eines New Yorker Museums wies solche chinesische Kriegsschätze zurück. Dem Museum in Bremerhaven wurden zwei schwedische chinesische Thore vom Südbor in Peking überreicht, die jedenfalls auch durch Plünderei erbeutet wurden. Der amerikanische General Chaffee bezeugt, daß auf einen getöteten Boxer 50 erschlagene Kulis, Frauen und Kinder folgten. Ein amerikanischer Missionar beschuldigt besonders die französischen und deutschen Truppen der hervorragenden Beteiligung an den Plünderingen. Wir haben also alle auch über die Vorgänge in China fünfzig den Mantel der christlichen Liebe zu decken.

Der Bischof Anzer sagt in seinem letzten Neujahrsgruß:

„Politisch schwankt der Boden, kein Mensch weiß, was aus diesem chinesischen Chaos werden will.“ Die Bestimmungen des Schlussprotokolls der Mächte enthalten unstrittig die Rechte zu neuen Verwaltungen.

Nun sind auch wieder die Hunnenbriefe hier zur Erörterung gekommen. Herr Bässermann hat mit raschen Wort behauptet, die Hunnenbriefe seien gefälscht, und Herr Liebermann v. Sonnenberg hat gemeint, ich sei gefälscht worden. Nein, ich bin nicht gefälscht worden. Wenn jemand in Bezug auf die Rechte der Hunnenbriefe gefälscht worden ist, dann höchstens die Regierung. Ich habe alles, was ich in Bezug auf die Hunnenbriefe hier gesagt habe, aufrecht und zwar nicht trotz der Prozeß, sondern wegen der Prozeß! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Bewegung.) In Stuttgart, Frankfurt a. M. und Berlin haben diese Hunnenbriefe statthaft sind. In Stuttgart handelt es sich nicht um die Veröffentlichung eines Hunnenbriefes, sondern um einen Artikel über die Hunnenbriefe. In diesem Prozeß hat Generalleutnant v. Westel als Zeuge gesagt, in Bürck habe man eine Fabrik von Hunnenbriefen entdeckt, denen nur noch der chinesische Poststempel fehlt habe. Ja, der chinesische Poststempel ist doch gerade die Hauptfläche. (Heiterkeit links.) Ich frage aber: Hat man den Thäter entdeckt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ober gehört er zu jenen dumfen Ehrenmännern, die für 10, 15 M. zu haben sind! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie ungeheuer blamabel ist doch diese Aussage eines Generalleutnants! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Irgend ein Lump legt 10, 12 Briefe hin und dann spricht man von einer Hunnenbrieffabrik. Quer ist doch, sie ist in Luzern entdeckt und einem Unteroffizier beim chinesischen Truppenteil seien 7, 8 Hunnenbriefe mit der Aufschrift ungegangen, sie zur Post zu geben. Der Unteroffizier hat die Sache selbstverständlich gemeldet und es ist nichts aus der Sache geworden. Nun hat man ein großes Geheule erhoben: jetzt sei entdeckt, von wem die Hunnenbriefe herrühren. Nun, diese Briefe, die man da entdeckt haben will, sind ja gar nicht aus China hinzugekommen. Die Dinge liegen doch nicht so, daß irgend ein Lockpfeil hier jemandem einen Hunnenbrief in die Hände spielt, der dann zu einer sozialdemokratischen Redaktion läuft, die den Brief dann veröffentlicht. So einzigartig ist man doch nicht. Das Entscheidende bleibt: In allen diesen Prozessen ist der Beweis für die Echtheit der Briefe gar nicht zugelassen worden! (Lebhafte hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Bewegung.) Ich habe ein Zeugnis über die Person des Briefschreibers abgelehnt, weil ich erstens nicht autorisiert war, den Namen zu nennen, und weil zweitens der Brief nicht in meine Hände, sondern in die Hände der Verteidigungskommission gekommen ist, die den Brief dann veröffentlicht hat. Der Redakteur ist dann überhaupt nicht vernommen worden. Das Gericht hat sich damit begnügt, eine formale Bekleidung festzustellen und während in Frankfurt a. M. auf 3, 4 Wochen erkannt wurde, wurde in Berlin die unerhörte Strafe von 6 Monaten über die angeklagten Rebouteure verhängt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Kein, mit diesen Prozessen können Sie keinen Staat machen, Sie können die Unrichtigkeit der Hunnenbriefe nicht damit beweisen. Und weshalb hat man nur sozialdemokratische Blätter verklagt. Ich habe hier eine kleine Liste der Zeitungen, in denen Hunnenbriefe erschienen sind; darunter sind der Hannoversche Kurier, die Frankfurter Zeitung, der Altonaer Kurier und Bürgerliche Blätter in Würzburg, Wiesbaden, Düsseldorf &c. Außerdem sind ähnliche Thatsachen, wie sie in Hunnenbriefen stehen, von den Kriegsberichterstattern der Kölnischen Zeitung, des Berliner Lokal-Anzeiger und vom Maler Kocholl mitgeteilt. Besonders Kocholl, der im offiziellen Auftrag in China war, hat schauberhafte Dinge erzählt. Da aber ist keine Klage geführt worden. Die Hunnenbriefe sind von Soldaten an ihre Angehörigen in Deutschland gerichtet worden, und ihre Echtheit kann in seiner Weise bezweifelt werden. Weshalb hat denn die sozialdemokratische Presse und die Presse der übrigen Parteien überhaupt die Hunnenbriefe veröffentlicht? Sie wollten ausserdem machen auf das Unerhörte einer solchen Kriegsführung, sie wollte warnen. Die sozialdemokratische Presse hat das getan, was zu unterlassen Sie der englischen Presse vorwerfen. Vor der englischen Presse behaupten Sie ja immer, daß sie die Schandthaten der englischen Armee in Südafrika vertusche. Dies aber thun Sie über das Gegenteil empört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch auf eine Angelegenheit muß ich eingehen, die in Zusammenhang mit China steht. Ich meine den Vorgang mit dem Hauptmann v. Fellhöch. Der Herr Generalmajor von Embres hat im Tone höchster Entzürfung dagegen protestiert, daß der mit dem roten Adlerorden dekorierte Hauptmann v. Fellhöch einen Akt der Feigheit in China begangen habe. Nach den Informationen, die ihm geworden, war mein Vorgesetzter Südetum vollkommen berechtigt, einen derartigen Vorwurf zu erheben, um so mehr, als in der bayrischen Kammer Vollmar den gleichen Vorwurf erhoben hat, ohne daß der bayrische Kriegsminister v. Asch auch nur ein Wort der Entgegnung darauf hatte. (Lebhafte hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Bewegung.) Es handelt sich aber noch um etwas anderes. Herr v. Fellhöch ist in der bayrischen Armee nicht wieder aufgenommen worden, weil er sich Militärmishandlungen hat zu schulden kommen lassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Was also für die bayrische Armee nicht mehr gut genug ist, ist für die preußische Armee gerade noch gut genug. (Hört, hört!) Ein wunderbares Werk fällt durch den Vorgang doch auch auf das bundesfreundliche Verhältnis zwischen Bayern und Preußen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kann es eine schwerere Beleidigung für den bayrischen Kriegsminister geben, als wenn der preußische Kriegsminister den entlassenen Offizier einschließt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein offizielles Blatt, die Augsburger Abendzeitung, die aus dem bayrischen Kriegsministerium inspiriert wird, hat hervorgehoben, daß z. B. in Bayern niemals mehr eine Amtsstellung gefunden hätte und daß der Vorgang im ganzen bayrischen Offizierkorps bestreiten werde. Es wird weiter mitgeteilt, daß der preußische Kriegsminister einem höheren Stelle an ihn gerichteten Wunsche nachgekommen sei. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Frankfurter Kurier hat jetzt einen zweiten ähnlichen Fall mitgeteilt, wo ein Offizier, der nicht mehr in der bayrischen Armee gebildet wurde, in der preußischen Armee Unterkunft fand. (Hört, hört!) Nun, wir haben unter den preußischen Offizieren Soldatenmishandler genug, so daß wir sie nicht noch aus Bayern zu importieren brauchen. (Heiterkeit und Beifall links.) das beweisen die Verhandlungen vor den Militärgerichten, worauf ich beim Militärat noch zurückkommen werde. Der Fall Fellhöch muß geradezu desorganisieren auf die Armee wirken! (Sehr richtig! links.) Der Generalmajor v. Embres hat uns Danae genannt, von denen er keine Freigabe will. Wir bringen ihm auch keine Geschenke. Ist ihm das, was wir sagen, angenehm, so haben wir nichts dagegen, ist es ihm unangenehm, um so besser. (Heiterkeit.) Mein Freund v. Vollmar hat sich im bayrischen Landtag über die Affäre v. Fellhöch in den schärfsten Worten geäußert, ohne daß ihn der Kriegsminister mit einem Wort widerlegt hätte. Vollmar sagte, v. Fellhöch hat in China das fortgesetzt, was er in Bayern schon vorher getrieben hat, er hat die Soldaten gesündigen. In China wollte er, als er den Befehl bekam, ein Dorf zu stürmen, nicht mehr vor die Front, weil er die eigenen Soldaten in seinem Rücken fürchtete. Der bayrische Kriegsminister hat ihn nicht mehr in die bayrische Armee aufgenommen. Er ist auch wegen der in China verübten Mischhandlungen bestraft worden. In Preußen erhält er einen Orden und wird mit dem alten Patent wieder in die Armee eingestellt. Wenn man das in Bayern als unloyal empfindet, so hätte man vollständig recht. Der bayrische Bevollmächtigte wollte das nicht Wort haben. Wenn man am Bundesrätsitz sitzt, ist man Diplomat, und ist man Diplomat, so hat man die Sprache, um die Gedanken zu verborgen. (Große Heiterkeit.) Nun hat uns Herr v. Kardorff gelegenlich der Sitzung des Landes handeln in der inneren Politik ganz nach ihrem jeweiligen Ermessens. Wir fragen nicht die französischen Ge-

nossen, wie wir handeln sollen, diese werden sich ebenso unsere Einsichtung verblüfften. Frankreichs Organisationsverhältnisse und Steuerverhältnisse sind ganz andere wie bei uns, daraus erklärt sich die veränderte Haltung unserer französischen Parteifreunde. Wir handeln so, wie wir es vor unseren Wählern verantworten können und werden aus den Gründen, die wir Ihnen ja bei der Bollardisbatte schon angeführt haben, gegen jede Bollerhöhung stimmen. Interessant war mir, aus der Rede des Herrn v. Kardorff zu hören, weshalb unsere französischen Genossen für die Getreidezölle gestimmt haben, um nämlich die Bauern für die Republik zu gewinnen. Wir haben in Deutschland keine Republik und können uns schon aus diesem Grunde nicht für eine Bollerhöhung begeistern. Ich will aber ausschließlich erklären, unsere Stellung zur Republik hat mit unserer Haltung zur Agrarfrage nichts zu thun, bestimmt sind für uns die wirtschaftlichen, die Arbeitersinteressen, die durch den Tarif auf das schwere gesäßtigt werden. Herr Dassermann sucht uns mit der Opposition gruselig zu machen. Wir werden diese Obstruktion mit allen legalen Mitteln, die Verfassung und Geschäftsaufordnung gewähren, durchzuführen. Wollen Sie versuchen, uns daran zu hindern, so wird Ihnen das nicht gelingen! Das verstehre ich Sie schon heute, daß sie diesen Bollerhöhung nicht bekommen werden. Auch die Landarbeiterfrage ist vielfach in der Debatte gestreift worden. Im Herrenhause wurde neulich erklärt, daß man die nach dem Westen gezogenen Arbeiter nicht mehr nach dem Osten zurückhaben wolle, weil sie bereits mit der Sozialdemokratie im Westen in Verbindung gekommen seien. Ein landwirtschaftlicher Ausschuß der Provinz Brandenburg erklärte ein Herr Schrader-Alt-Landberg, daß der Lohn für die Landarbeiter infolge der Rückwanderung von Industriearbeitern bereits beträchtlich gefallen sei. Ich hatte also vollkommen Recht, wenn ich sagte, auch nach Annahme des Bollerhöhung werden die jetzigen Hungerlöste weiter bezahlt werden. Das entspricht ja auch ganz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit dieser haben wir nichts gemein und daher verwerfen wir den vorliegenden Entwurf.

Reichsbaudirektor Graf v. Willow:

Der Herr Vorredner hat auf eine Rede, die Se. Majestät der Kaiser im vorigen Jahre in Cuxhaven gehalten hat, Bezug genommen. Diese Rede lag jeder annessionistischen Gedanke fern, sie war eine reine Friedenskundgebung. — Dann hat sich der Herr Vorredner bemüht, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen jener Stellung Sr. Majestät und unserer Wirtschaftspolitik. Ich habe schon bei der Tarifdebatte darauf hingewiesen, daß zwischen einer vernünftigen Weltpolitik — und nur eine vernünftige Weltpolitik werden wir machen — und einer vernünftigen Heimatpolitik — denn wir werden auch nur eine vernünftige Heimatpolitik machen (Lachen bei den Soz.) — es bleibt auch eine unvernünftige Heimatpolitik (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Hörerkeit), die werden wir aber nicht machen, und ich hoffe, die Mehrheit dieses hohen Hauses wird sie auch nicht machen wollen (Sehr gut! rechts) — also ich sage, zwischen einer vernünftigen Weltpolitik und einer vernünftigen Heimatpolitik besteht keinerlei Gegensatz. Leidergehn finde ich es pikant, daß gerade der Herr Abgeordnete Bebel, der doch ein, ich will nicht sagen fanatischer, aber entschiedener Gegner der Weltpolitik ist, im Namen der Weltpolitik gegen unsere Heimatpolitik polemisiert. Wenn das der Herr Abg. Ritter oder Herr Barth thun würde, so würde ich es allenfalls verstehen, aber der Herr Abg. Bebel darf sich diesen Luxus nicht gestatten; das Kloß der Weltpolitik darf er uns gegenüber nicht tummeln, es sei denn, daß er vorher für mindestens drei Flottenvorlagen gestimmt hat. (Hörerkeit.) — Weiter hat der Herr Abg. Bebel gefragt, daß bei unserem Dreibundverbündeten Misstrauen gegen uns bestünde. Ich möchte Ihnen bitten, mir zu sagen, worauf sich diese Ansicht gründet. Ich kann Ihnen versichern, und ich spreche in diesem Augenblick durchaus nicht als Diplomat in dem Sinne des Herrn Bebel, sondern mit voller Offenheit — ich bin viel ehrlicher als er annimmt — also ich sage, daß bei unserer Verbündeten gar kein Misstrauen gegen uns besteht. Ich habe gestern ein Telegramm erhalten, wonach mein verehrter Freund, der italienische Minister des Auswärtigen, Prinetti, unserem Botschafter gesagt hat, in der Rede, die ich vor wenigen Tagen hier über den Dreibund gehalten habe, wäre kein Wort enthalten, das er nicht unterschriebe, und wenn Herr Bebel einen Blick werfen will auf die Wiener Presse, wird er sich davon überzeugen, daß auch diese meine damaligen Ausführungen genau in derselben Weise beurteilt hat. Also ich kann Ihnen nur bitten, auch in dieser Beziehung, was unsere Internationalen Verhältnisse angeht, sich nicht allzu viel Bären aufzubinden zu lassen. (Hörerkeit rechts.) — Die weiteren Ausführungen des Herrn Bebel über den chinesischen Krieg waren mir doch wieder ein Beweis dafür, daß es in Deutschland im Gegensatz zu manchen anderen Ländern Politiker gibt, sogar hervorragende Politiker, ganze Parteien, die die Fragen der auswärtigen Politik beurteilen mehr vom Standpunkt ihrer subjektiven Empfindung, von ihrem Parteidankpunkt aus, von der mehr oder weniger, nach meiner Meinung gar nicht berechtigten Abneigung gegenüber der Regierung aus, als auf Grund des ruhig und klar verfolgten Staatsinteresses. Wenn der Herr Abg. Bebel im Sommer 1900 Minister des Neuen geworden wäre, würde er es auch nicht gebüßt haben, daß die Chinesen die Deutschen aus China vertreiben wollten, uns ihre Höfen versperren wollten, die deutschen Waren in China nicht mehr hineinlassen wollten, und er würde es als Minister namentlich nicht gebüßt haben, daß die Chinesen unseren Gesandten, — der übrigens in mutiger Weise gefordert hat, wie ein Soldat auf dem Schlachtfeld — er würde nicht die schämliche Ermordung unseres Gesandten ruhig hingenommen haben, und wenn er sie gebüßt hätte, so würde das deutsche Volk ihn als Minister nicht lange gebüßt haben. (Sehr gut! rechts.) Unsere Interessen in China waren und sind doch viel größer, als daß wir dieselben als quantitativ negligeable betrachten könnten, als daß wir dieselben bei der ersten auftauchenden Schwierigkeit kleinmütig hätten preisgeben können.

Im übrigen waren gerade diese Ausführungen des Herrn Abg. Bebel ein schlagender Beweis dafür, daß er mit seinen Freunden vom ersten bis zum letzten Tage in dieser Frage einen Standpunkt eingenommen hat, den die große Mehrheit des deutschen Volkes weiter stellt noch begreift. Ich möchte nur einmal erleben, wie es erst werden würde, wenn in Paris oder London ein Abgeordneter über die Politik des eigenen Landes und das eigene Heer so sprechen würde, wie der Abg. Bebel. (Läuft bei den Soz.; Geschlecht ja!) Bei den Engländern und Franzosen giebt es sicher Leute, die es ganz gern sehen würden, wenn die Ansichten des Abg. Bebel über unsere Kolonialpolitik bei uns die herrschenden würden. Aber wenn es sich darum handeln würde, diese Ansichten geltend zu machen in England oder Frankreich, da würde es heißen: «Na Bauer, das ist ganz was anderes.» (Widerspruch b. d. Soz.)

Herr Bebel hat dann auch geprüft von Gelegenheiten unserer Truppen. Ich darf es dem Herrn Kriegsminister überlassen, hierauf im einzelnen zu antworten. Nach meiner Ansicht kann doch darüber kein Zweifel bestehen, daß alles, was in der Presse gesagt worden ist über Grausamkeiten unserer Truppen, entweder maßlos übertrieben oder schlankweg erfunden war und daß namentlich auch die sogenannten Hunnenbriefe entweder Schaurpfeile oder bloße Renommage waren. Soweit die Hunnenbriefe nicht doch bestellte Arbeit waren, so schwiebe über ihnen der Geist des seitigen Münchhausen, der gewiß im Himmel seine Freude darüber gehabt hat. (Hörerkeit.) Alle authentischen Nachrichten stimmen überein, daß unsere Truppen sich wie immer so auch jetzt in China ausgezeichnet haben durch Bravour und Humanität und wie der französische, englische und italienische Kriegsminister seit langem erklärt haben, daß ihre Truppen sich nichts Unwürdiges hätten zu schulden kommen lassen, so erkläre ich mit mindestens derselben Entschiedenheit daselbe für die deutschen Soldaten.

Herr Bebel hat dann Bezug genommen auf eine Neuierung des Bischofs Anzer über die voransichtliche Weiterentwicklung der Dinge in China. Ich habe eine sehr hohe Meinung von Herrn Bischof Anzer, glaube aber doch, daß im vorliegenden Falle seine Ansichungen, falls er sie wirklich ausgeführt hat, ein wenig pessimistisch waren. Jedenfalls sind gegen die Wiederkehr solcher

Vor kommuniste, wie wir sie vor einem Jahre erlebt haben, sowohl Vorlesungen getroffen als möglich waren im Hinblick auf die inneren chinesischen Verhältnisse und die ungeheure Ausdehnung Chinas. Ich glaube, daß diese Ergebnisse der letzten 1½ Jahre an der chinesischen Regierung und dem chinesischen Volke nicht spurlos vorübergegangen sind. Es ist Ihnen in einer für sie recht empfindlichen Weise klar gemacht worden, daß sie sich nicht ungestraft gegen die Europäer vergehen dürfen, und es ist kein Zweifel, daß, wenn es sich um die Bekämpfung der Barbarei handelt, die europäischen Mächte einig sind. Gewiß werden die chinesischen Behörden in der nächsten Zeit noch manche Kämpfe mit den Vogerborden auszuschließen haben, speziell im Norden Chinas wird es nicht an isolaten Unruhen fehlen. Die Ansicht unserer Vertreter in China geht aber doch überwiegend dahin, daß ähnliche Unruhen wie die letzten noch menschlicher Voransicht in absehbarer Zeit in China nicht zu erwarten sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß wenn orientalische Reiche in Verlängerung treten mit der europäischen Civilisation, dies zunächst zu nationalen Wirtschaftskrisen führt, solche Krisen müssen überwunden werden wie eine Sprungsut. Es ist aber zu erwarten, daß die Erschließung Chinas für die europäische Kultur von jezt ab ohne Störungen und Zwischenfälle verlaufen wird. Jedenfalls haben die Mächte in dieser Beziehung alle Vorbereitungen getroffen, die im Bereiche der Möglichkeit und Vernunft liegen.

Was wir in China erreichen wollen, darüber habe ich mich seiner Zeit wiederholt ausgesprochen, und habe es dargelegt zum Beginn der chinesischen Mission in meinem Rundschreiben an die Regierungen. Sie werden zugeben, daß dieses Programm in allen wesentlichen Punkten erreicht worden ist. Deutschland hat seine Stellung im fernen Osten als große Weltmacht geschafft, wir haben uns friedlich, nachvoll und besonnen gezeigt, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn wir andere Rechte achten, wir auch unter Recht geachtet wissen wollen. Unsere Position in Schantung ist behauptet und gestiftet. Deutschland geht aus den Chinawirken mit ungeschwächten Kräften und mit vollen Ehren hervor. — Nun hat Herr Bebel auch Bezug genommen auf die Haltung unserer Truppen im deutsch-französischen Kriege. Wir alle wissen, daß es nie einen Krieg gegeben hat, in dem nicht Auseinandersetzungen vorgenommen sind. Die Frage ist aber die, ob nicht im deutsch-französischen Kriege unser Heer, was Menschlichkeit angeht, in allererster Linie gestanden hat. (Sehr richtig! rechts.) Diese Frage bejahe ich auf das allerentschiedenste. (Lebhafte Beifall rechts.) Weiter werde ich auf die Anfragen des Abg. Bebel nicht antworten. Wenn unser Heer von Auslande hier angegriffen wird, so werde ich stets dagegen Front machen. Aber wenn solche Angriffe von der Tribune dieses hohen Hauses aus deutschem Munde gegen das Verhalten deutscher Krieger in den Jahren 1870/71 gerichtet werden, so überlasse ich das Urteil darüber dem deutschen Volke und der öffentlichen Meinung. (Lebhafte Beifall rechts.)

Preußischer Kriegsminister v. Gohler:

Es ist eigentlich eine ganz unfruchtbare Arbeit, dem Abg. Bebel den Charakter des Krieges verständlich machen zu wollen. (Sehr richtig! rechts.) Er sagt den Krieg in China so auf, als hätten wir eine ruhige Bevölkerung grausam überfallen. Es beträgt die Zahl der von den Vogern ermordeten chinesischen Christen mehr als 80000. Nur etwa 2½ Prozent dieser Christen haben ihren Glauben abgeschworen, die übrigen den martervollen Tod erlitten für ihren Glauben. (Hört, hört! rechts.) Von den Missionaren sind während der Wirren wahre Heldentaten vollbracht worden.

Abg. Bebel hat mir geraten, die „Hunnenbriefe“ vor Gericht zu bringen. Er erklärte am 10. November 1900 wörtlich: „Die Namen der Schreiber stehen zur Verfügung.“ Dann aber sagte er am 23. November 1900: „Ich habe gar keinen Grund, dem Kriegsminister die Verfasser der Hunnenbriefe zu nennen.“ (Hört, hört! rechts.) Ich habe daraufhin den von mir beschrittenen Weg in vollem Bewußtsein beschritten in der Annahme, daß der Herr Abg. Bebel geneigt sein würde, die Gerichte in der Auflösung der Thatsachen zu unterstützen. (Burau des Abg. Bebel.) Abg. Bebel hat aber als Zeuge den Namen des betreffenden Briefschreibers in keiner Weise nennen wollen. Er hat angegeben, er hätte den Namen vergessen (Hört, hört! rechts) und er könnte ihn jetzt nicht nennen. Das ist der Wortlaut seiner Aussage. (Abg. Bebel ruft: Das ist der Wortlaut nicht!) Wenn es nicht wahr ist, wird Herr Bebel nicht verschaffen, den richtigen Wortlaut zur Sprache zu bringen.

Für die Echtheit der „Hunnenbriefe“ ist nirgends ein Beweis erbracht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es bleibt zweierlei Sorten dieser Briefe: solche, die von Europa aus zunächst nach China geschickt sind, und solche, die in China fabriziert worden sind. Für beide Sorten von Briefen habe ich Beweise. Hier habe ich z. B. derartige Briefe, die in China mit Beschlag belegt worden sind. Der Absender des einen stammt aus „Genève, Suisse.“ (Genf, Schweiz.) Der Umschlag ist zur Post gegeben in Zürich, die Adressen waren bestimmt an Leute in Zürich und Basel. Diese Adressen sind in China dauernd verloren gegangen. Wenn Abgeordneter Bebel eine in der Schweiz lebende Persönlichkeit für den Verfasser der Hunnenbriefe hält, so würde ich ihm raten, sich doch mit dieser Persönlichkeit auseinanderzusehen. In der Schweiz ist eine Flugschrift verbreitet worden mit der Überschrift: „Bebels Meineid und die Hunnenbriefe“. Es steht darunter: Zürich, 24. Dezember 1901. W. F. G. Schumann. (Wiederholte lange Burau bei den Sozialdemokraten: Der Spiegel Normann-Schumann, (Glock des Präsidenten). Wenn Herr Bebel an der Auflösung der Sache gelegen ist, würde ich Ihnen raten, vor Schweizer Gerichten zu klagen. Ich kenne diesen Mann, gar nicht persönlich. (Burau bei den Sozialdemokraten.) Die einzelnen Ausdrücke der Flugschriften will ich hier nicht näher darlegen, aber sie sind so gravierend, daß Herr Bebel doch verpflichtet sein würde, auf Grund dieser Thatsachen in der Schweiz zu klagen. (Abg. Singer: nein!) Diesen Eindruck habe ich doch.

Es geht jetzt eine Art Volksstrafe, eine Verleumdungshaft durch Deutschland, man begreift vieles gar nicht. Ein Brief, den Abg. Bebel auch angestellt hat, ist besonders charakteristisch. Der betreffende Briefschreiber, ein bei den ostasiatischen Heldenbüchern siedender Soldat, hat aber nachträglich erklärt, er habe noch keinen Chinesen tötgeschossen. Ueberhaupt habe noch niemand von seiner Batterie einen Chinesen tötgeschossen. Die von diesem Soldaten zu Prototyp gegebenen Ausschreibungen erweisen keinen ganzen Brief als erlogen.

Herr Bebel hat heute auch das Benehmen der Mannschaften bei der Einnahme von Peking gebrandmarkt. Deutsche Truppen haben an der Einnahme von Peking überhaupt nicht teilgenommen. (Abg. Bebel ruft: Das habe ich auch gar nicht behauptet!) Auf den Schiffen sind einzelne Sachen bei den Soldaten gefunden worden, da ist konstatiert, daß sie gekauft waren, die Rechnungen sind vorgelegt. Allgemein ist dabei der Eindruck gewesen, daß die Leute von den Chinesen durchbar überzeugt sind; in Berlin hätten sie die Sachen wesentlich billiger kaufen können. (Hörerkeit rechts.) In allen Fällen, wo die Existenz von Deutschnieden hier im Lande behauptet worden ist, ist sofort recherchiert worden. Bei einem Marinesoldaten wurde eine Uhr aufgefunden, die dieser in einem Sommerlager bei Peking gekauft hatte. (Lachen bei den Soz.) Die Uhr ist von einem angeblichen Sachverständigen zunächst auf 2-3000 Mk. geschätzt worden, dann ergab sich vor Gericht, daß ein Uhrenhändler etwa 50 Mk. dafür geben kann. Es ist eine Uhr, die nicht geht. (Hörerkeit rechts.) Ich verstehe nicht, wie Abg. Bebel bezüglich der Pekinger Instrumente das Militärstrafrechtsbuch citieren konnte. Es handelt sich hier um die Beschlagsnahme von Sachen, nicht um eine Erbeutung derselben für einen einzelnen. Man kann ja zweifelhaft sein, ob das möglich oder richtig war. Der Feldmarschall hat überhaupt den Befehl gegeben, um die Kriegsgefangenen einzernahmen zu decken, Staatseigentum mit Beschlag zu belegen. (Abg. Singer ruft: Das nennt man Plündern.) Die Instrumente wären auch überführt geblieben, wenn nicht von französischen Seite der Antrag gestellt worden wäre, die Instrumente

bi angeblich aus Paris stammen, mitzunehmen, dazu ist vom Feldmarschall die Genehmigung erteilt worden. Vom Plündern ist keine Rede. Sobald der Reichsregierung die Beschlagsnahme bekannt wurde, ist der chinesischen Regierung angeboten worden, die Instrumente wieder zurückzunehmen. (Burau bei den Soz.) Die chinesische Regierung hat das abgelehnt.

Weiter hat Abg. Bebel den Fall des Frhns. v. Feilitzsch hier besprochen. (Wiederholte Burau bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballerstrem: Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Der Abg. Bebel ist auch nicht unterbrochen worden. Wenn jetzt der Kriegsminister Ihnen antwortet, so ist es ein reines Gebot der Höflichkeit und der Ordnung des Hauses, auch ihm nicht zu unterbrechen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Kriegsminister v. Gohler (fortfahrend): Die Vorfälle, die gegen den Hauptmann Frhns. v. Feilitzsch bezüglich seines Wutes und seiner Kriegsächtigkeit erhoben worden sind, entbehren jeden Grundes. Der bayrische Militärbefehlsmann hat Ihnen bereits gesagt: Es ist eine positive Lüge, daß Herr v. Feilitzsch den Generalmajor verweigert habe. Er ist ein vorzüglich qualifizierter Offizier, der seine Compagnie nach jeder Richtung ausgezeichnet geführt hat. Er hat eine der schweren Compagnien gehabt, die überhaupt in China vorgekommen sind. Es ist nun am 13. März 1901 in der Münchener Post der Brief eines Chinakämpfers veröffentlicht worden, in welchem über schlechte Behandlung bei der Compagnie des Hauptmanns v. Feilitzsch geklagt worden ist. Dieser Beleidigungsausschnitt ist dem Kommando des Expeditionskorps übergeben worden; dieses hat eine Untersuchung eingeleitet. Der Bataillonskommandeur hat die Compagnie antreten lassen und gestattet, ob irgend jemand Beschwerde zu führen habe über den Hauptmann. Es ist aber niemand vorgetreten. Darauf hat der Bataillonskommandeur jeden einzelnen Mann im Bataillonsbüro antreten lassen, jeder, der eine Beschwerde hatte, mußte eine Erklärung darüber abgeben. Nun sind einzelne Beschwerden über einzelne Thatsachen, die gegen den Hauptmann v. Feilitzsch angeführt wurden, vorgebracht worden. Es hat sich nur ergeben, daß in einzelnen Fällen ziemlich herbe Worte von dem Hauptmann gebraucht worden sind. Diese Worte sind zum Teil rein Süddeutscher Art. (Große Hörerkeit.) In einzelnen Fällen hat Hauptmann v. Feilitzsch die Leute, wie sie selbst angegeben haben, etwas geschräkt. Es ist festgestellt worden, daß diese etwas harter Worte und dieses sogenannte Schärfeln nur erfolgt ist bei sehr groben Verhältnissen der Leute. Ich habe die Alten durchgesehen. Es ist nur bei sehr schweren Vergehen eingedrungen worden. So hatte ein Posten einen Chinesen laufen lassen, der unbedingt in Haft behalten werden sollte. Ferner hat man Maulstiere laufen lassen, lauter Vergehen, die mit strengem Arrest bestraft werden müssen. Das war aber in China, wo man jeden Tag ein anderes Quartier hatte, unmöglich. Trotzdem mußte natürlich gegen den Hauptmann v. Feilitzsch durch ein kriegsgerichtliches Urteil erkannt werden. (Abg. Bebel ruft: Ach!) Wenn Herr Bebel das Strafgerichtsbuch kennt, müßte er wissen, daß eine gerichtliche Bestrafung erfolgen mußte.

Herr v. Feilitzsch ist kriegsgerichtlich mit einer Freiheitsstrafe bestraft worden. Im übrigen hat der bayrische Bataillonskommandeur des Herrn v. Feilitzsch ihm besonders attestiert, daß er bei jeder Gelegenheit seine volle Schuldigkeit gethan und sich bei besonderen Austrägen besonders ausgezeichnet habe. (Hört, hört! rechts.) Es ist nun mit dem bayrischen Kriegsminister unterhandelt worden, wo der Hauptmann v. Feilitzsch einzustellen wäre. Herr v. Feilitzsch selbst hat gebeten, in der preußischen Armee einzustellen zu werden. Auf Grund der Vorgänge, die Seine Majestät der Kaiser selbst eingehend geprüft haben, haben Seine Majestät beschlossen, Herrn v. Feilitzsch als Hauptmann und Compagniechef im 32. Regiment einzustellen, und wir sind alle der Überzeugung, daß er ein treffliches Mitglied unserer Armee sein wird. (Beifall rechts.)

Bayerischer Generalmajor v. Endres:

Herr v. Feilitzsch hat niemals das Erlichen gestellt, wieder in die bayerische Armee aufgenommen zu werden. Wenn Abg. Bebel Vorgänge in der bayerischen Abgeordnetenkammer hier berührt hat, so kann ich Ihnen auf Grund der Reichsverfassung auf diesem Gebiete nicht folgen. Die Verhandlungen in unserer Abgeordnetenkammer sind ausschließlich interne Angelegenheiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.)

Herr Bebel vermutete, ein Artikel der Augsburger Abendzeitung sei vom bayrischen Kriegsministerium inspiriert worden, um dem preußischen Kriegsministerium Unannehmlichkeiten zu bereiten. Wenn die beiden Ministerien etwas miteinander zu reden haben, so geschieht das auf anderem Wege. Gegen Herrn v. Feilitzsch ist auf eine schwere Strafe erkannt worden. Wenn man ihm gesagt hätte, daß er in der bayerischen Armee nicht wieder angenommen werden könnte, so hätte er außer dem Erleiden der Freiheitsstrafe auch noch seine gesamte Eleganz verloren. Ich will keineswegs behaupten, daß er ungerecht bestraft worden sei. Aber unser Herr Minister hat die Soz. sehr streng angesehen. Die Einstellung in die preußische Armee sollte bewirkt, daß für diese schwere Strafe eine gewisse Remissur eintrat. Von Seiten Preußens wurde die Soz. nicht so sehr streng angesehen.

Zum Schlus hat mich Herr Bebel einen Diplomaten gehalten. Ich glaube nicht, daß die Herren aus meiner lieben Heimat den Eindruck gehabt haben, daß ich in diplomatischer Weise meine Gedanken zu verdecken suchte. (Hörerkeit.)

Hierauf verlagt das Haus die Weiterberatung.

Es folgen verlängerte Bemerkungen.

Abg. Bebel (Soz.): Im Laufe der Debatte werde ich noch Gelegenheit haben, dem Grafen Bölow und Herrn v. Gohler zu antworten. Der Kriegsminister hat heute auf meine Rede vom 28. November 1900 Bezug genommen, in der ich gesagt habe, daß die Verfasser der Hunnenbriefe nicht nennen dürfe. Ich hatte deshalb keinen Grund, dies zu thun, weil die Hunnenbriefe in der Presse veröffentlicht waren, weil ich mich nur auf bereits veröffentlichte hier bezog und weil ich hier keine Briefe benutzte, die mir privat zugänglich waren. Ich habe heute nicht erklärt, daß ich die Echtheit des Inhalts für bewiesen halte (Ach! rechts), sondern nur die Echtheit der Briefe selber.

Abg. Dr. Sattler (nat. lib.): Herr Bachem hat mich etwas sagen lassen, von dem er nur gewünscht hat, daß ich es sagen würde.

Abg. Dr. Bachem (Centrum) bestreite, falsch eifert zu haben. Herr Bebel hat behauptet, die Berufung Spanhs sei wegen seines Buches über den Großen Kurfürsten erfolgt. Das Buch ist aber noch nicht erschienen gewesen, als die Berufung bereits erfolgt sei.

Abg. Bebel (Soz.) wiederholte, daß ihm der Sachverhalt so, wie er ihn vorgetragen, mitgeteilt worden sei.

Marten zum Tode verurteilende Urteil von seinem Verteidiger *Burchard*, gegen das Hikel freisprechende vom Oberkriegsgerichtsrat *Meyer*. Die Schrift des Rechtsanwalts *Burchard* begleitete die Revision in der Hauptstelle damit, daß die militärischen Mitglieder des Gerichtshofes nicht wie gesetzlich vorgeschrieben, vor dem 1. Januar 1901, sondern erst im Juni 1901 zu stellvertretenden Mitgliedern des Oberkriegsgerichts berufen worden seien. Der Verteidiger rügt ferner, daß die Offenlichkeit bei der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht eine unzulässige Beschränkung erfahren habe, indem das Publikum von den Lokalbesichtigungen ausgeschlossen war. Der Vertreter der Anklage beantragt dagegen, die Revision betreffs Marten zu verwerfen, da die angeführten Revisionsgründe eine Aufhebung des Urteils nicht rechtfertigen. Im übrigen bestreitet der Vertreter der Anklage, Oberkriegsgerichtsrat *Meyer*, daß die militärischen Stellvertreter eigens für den Prozeß wider Marten und Genossen ernannt worden seien, die Ernennung sei für das ganze Geschäftsjahr erfolgt.

Dagegen antwortet Oberkriegsgerichtsrat *Meyer* selbst in seinem Revisionsantrag gegen Hikel, daß der Gerichtshof nicht ordnungsgemäß bestellt war und schließt sich in dieser Beziehung der Begründung des Herrn Rechtsanwalts *Burchard* an. Im weiteren rügt der Vertreter der Anklage, daß ihm von dem Gerichtshof das Fragericht bei der zwingendlichen Vernehmung des Unteroffiziers *Domming*, der ganz besonders über den Aufenthalt Hikels zur kritischen Zeit vernommen wurde, beschränkt worden sei. Endlich rügt der Vertreter der Anklage, daß ein von ihm gestellter Antrag: Während der Vernehmung des Hauptbeschuldigungszeugen, Dragoners *Slopek*, die bereits vernommenen Zeugen, Gendarmerie-Wachtmeister *Melzer* und Dragoner-Bicewachtmeister *Schneider* aus dem Saale zu entfernen, abgelehnt worden sei. Der Vertreter der Anklage behauptet: wenn *Slopek* in Abwesenheit der genannten Zeugen vernommen worden wäre, dann hätte er mehr belastende Punkte gegen Hikel vorgetragen. Der Umstand, daß er in Gegenwart der Zeugen vernommen wurde, habe einschlägig auf ihn gewirkt.

Die Vorlesung des Erkenntnisses des Oberkriegsgerichts nahm zwei Stunden in Anspruch. Alsdann nahm der Verteidiger für Marten, Rechtsanwalt Dr. *Simson*-Berlin, das Wort:

Die große Aufregung, die die Angelegenheit weit über die militärische Kreise hinaus und zwar in allen Kreisen der Bevölkerung herborgerufen, hat ihre Ursache nicht nur in dem Umstande, daß ein Rittmeister von seinen Untergaben meuchlings niedergeschossen worden sei, sondern fast noch mehr, weil Marten von dem Divisionsgericht freigesprochen, von dem Oberkriegsgericht dagegen, weit über den Strafstrafzug des Vertreters der Anklage hinaus, zum Tode verurteilt wurde. Man hat sich selbst in der Offenlichkeit nicht gefreut, einzelne Personen aufs schärfste anzugreifen. Ich verkenne keineswegs die Notwendigkeit, bei einem solch schweren Verbrechen den Schuldigen so schnell als möglich zu ergreifen und zur Bestrafung zu bringen. Ganz besonders tritt diese Notwendigkeit hervor, wenn ein so schweres Verbrechen wie das vorliegende, beim Militär vorkommt. Die schnelle Ergreifung und Bestrafung des Schuldigen ist schon im militärdienstlichen Interesse wünschenswert. Aber alle diese Umstände können doch immer nur die Bestrafung eines Menschen rechtfertigen, dessen Schuld klar nachgewiesen ist, ja an dessen Schuld nicht der geringste Zweifel besteht. Ich will mich aber bei Begründung der Revision vollständig sachlich äußern. Ich glaube damit dem Interesse des Angeklagten Marten am besten zu dienen und den hohen Senat am ehesten von der Notwendigkeit der Aufhebung des Urteils zu überzeugen.

Der Verteidiger begründet hierauf in eingehender Weise die Revision, weilt ganz besonders sehr lange bei der Frage wegen der Befreiung des Gerichtshofes und führt aus: Er müsse hervorheben, daß, während der Gerichtsherr betreffs Marten den Revisionsgrund als nicht stichhaltig bezeichnet, er denselben Grund gegen die Freisprechung Hikels geltend macht. Der Verteidiger schließt: Meine Herren! Die angeführten Gründe führen mit dringender Notwendigkeit zur Aufhebung des Urteils. Ich beantrage daher, daß Urteil des Oberkriegsgerichts zu Gumbinnen vom 20. Aug. 1901 aufzuheben und die Sache an das Berufungsgericht zurück zu verweisen. Obwohl es sich hier um Leben und Tod handelt, liegt es mir fern, Ihr Mitleid anzurufen. Ich ersuche Sie aber, dem Angeklagten sein Recht zu teilen werden zu lassen.

Es tritt danach eine Pause von drei Viertelstunden ein.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung nimmt das Wort Ober-Militäranwalt *Kreiherr v. Pechmann*: Meine Herren, der Herr Verteidiger des Marten hat am Eingange seiner Rede gesagt: Auch im militärgerechtlichen Verfahren muß vollständige Objektivität herrschen. Das militärdienstliche Interesse darf in keiner Weise das Urteil beeinflussen. Ich stimme diesem Grundsatz vollständig bei. In meiner dreißigjährigen militärgerechtlichen Praxis erinnere ich mich nicht eines Falles, in dem dieser Grundsatz irgendwie verletzt worden wäre. Es ist aber auch nicht der geringste Anlaß vorhanden, daß dieser Grundsatz bei dem gegenwärtigen Verfahren irgendwie verletzt worden ist. Dafür spricht schon der Umstand, daß das Urteil des Oberkriegsgerichts in der eingehenden Weise begründet worden ist. Dies vorausgeschickt, will ich nun zur Sache selbst übergehen. Allein ich erkläre von vornherein, daß ich mich dem Antrage des Herrn Verteidigers anschließe, indem ich ebenfalls die Aufhebung des Urteils betreffs Marten und die Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht beantrage. Der Ober-Militäranwalt geht alsdann zur Erörterung der Revisionsgründe über und bemerkt: Ich stimme dem Verteidiger bei, daß die Befreiung des Gerichtshofes zur Aufhebung des Urteils führen müsse. Er sei aber der Meinung, nicht deshalb sei der Gerichtshof falsch befreit, weil die Berufung der Stellvertreter zu spät erfolgt sei, sondern weil der kommandierende General durch die Berufung der Stellvertreter den Grundsatz der Ständigkeit durchbrochen habe. Wenn es dem kommandierenden General gestattet wäre, in allen Garnisonorten Stellvertretende Richter zu ernennen, dann wäre das Oberkriegsgerichtsverfahren überhaupt in Frage gestellt. Der Ober-Militäranwalt gibt im weiteren zu, daß der Auschluss der Offenlichkeit ungünstig sei. Dagegen sei der Umstand, daß der Verteidiger genötigt war, die Revision zu begründen, ohne das Urteil zu kennen, für

nicht stichhaltig, denn es sei festgestellt, daß dem Verteidiger die Akten ins Haus gegeben wurden. Unzulässig sei es jerner gewesen, daß den Angeklagten die während der Vernehmung des Zeugen *Slopek* aus dem Saale geführt waren, nicht genau mitgeteilt wurde, in welcher Weise die Aussage des Zeugen *Slopek* zu stande gekommen war. Der Ober-Militäranwalt bezeichnet alle anderen Revisionsgründe als hinfällig. Betreffs Hikel habe der Vertreter der Anklage ebenfalls die zu späte Begründung gerügt. Er (Ober-Militäranwalt) habe schon erwähnt, daß dies lediglich ein Verstoß gegen das Reglement sei. Da der Vertreter der Anklage keine weiteren Gründe hierfür anführt, so könne dieser Revisionsgrund nicht zur Aufhebung des Urteils führen. Ebenso wenig sei der Revisionsgrund wegen der Beschränkung des Fragerichts durchschlagend, da festgestellt worden, daß der Zeuge zur Genüge befragt worden sei und eine weitere Befragung zur Verwirrung führen könnte. Dagegen halte er den dritten Revisionsgrund des Gerichtsherrn, daß die Zeugen *Melzer* und *Schneider* nicht während der Vernehmung des *Slopek* aus dem Saale entfernt worden seien, für durchgreifend. Der Gerichtsherr behauptet, daß dadurch *Slopek* nicht alles bekundet habe, was Hikel belaste und daß diese Bekundung wohl zur Verurteilung des Hikel geführt hätte. Er wolle nicht untersuchen, ob und inwieweit diese Behauptung richtig sei. Allein sobald eine solche Möglichkeit vorliege, rechtfertige sich die Aufhebung des Urteils. Er beantragt also, auch das Urteil gegen Hikel aufzuheben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Oberkriegsgericht zurückzubewiezen. Die Zurückverweisung an ein anderes Oberkriegsgericht könnte nur der kommandierende General des 1. Armeecorps verfügen, sobald dienstliche Interessen dies erfordern.

Der Verteidiger des Hikel, Rechtsanwalt Dr. *Vieber* (Berlin) beantragt in längerer Rede, die Revision des Gerichtsherrn zu verwerfen, da einmal dieselbe zu spät begründet worden sei und andererseits die Revisionsgründe nicht eine Aufhebung rechtfertigen. Wenn der Gerichtsherr annimmt, daß der Zeuge *Slopek* unter seinem Ende etwas verschwiegen habe, dann rechtfertige sich das Wiederaufnahmeverfahren, aber nicht die Aufhebung des Urteils. — Nach noch kurzer Erwiderung des Ober-Militäranwalt fragt Senatspräsident Prof. Dr. *Weiffengang* den Angeklagten Hikel, der persönlich erschienen war, ob er noch etwas anzuführen habe. Hikel bemerkt, daß er sich seinem Verteidiger anschließe. — Der Gerichtshof zieht sich danach zur Beratung zurück. — Zu bemerken ist, daß der Verteidiger des Hikel, Rechtsanwalt *Horn*-*Zinserburg*, eine Eintrittskarte nicht erhalten hat, mithin im Gerichtssaale keinen Platz fand.

Nach etwa 1½-stündiger Beratung verkündet der Verhandlungsleiter, Senatspräsident Professor Dr. *Weiffengang*, unter Spannung des überfüllten Zuhörerraumes folgendes Urteil: Der erste Senat des Reichsmilitägerichts hat dahin erkannt:

dass sowohl der Revisionsantrag des Gerichtsherrn als auch der Revisionsantrag des Angeklagten Marten stattzugeben und daher das ganze Urteil des Oberkriegsgerichts vom 20. August 1901 aufzuheben und die ganze Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Oberkriegsgericht zurück zu verweisen sei.

Der Senat ist der Meinung, daß dadurch, daß der kommandierende General ständige Stellvertreter ernannt hat, der Grundfaß der Ständigkeit des Oberkriegsgerichts verletzt worden ist. Im Gefecht und in der ganzen Rechtspraxis wird nur immer von einem Oberkriegsgericht gesprochen. Da auf Anfrage der kommandierende General erklärt hat, daß die militärischen Richter nicht absolut verhindert waren, nach Gumbinnen zu gehen, so durften Stellvertreter nicht herangezogen werden. Da mithin das Gericht nicht ordnungsgemäß bestellt war, so mußte die Aufhebung des Urteils erfolgen, auch wenn die Berufung der Offiziersrichter-Stellvertreter vor dem 1. Januar 1901 erfolgt wäre. Auch den Ausschluß der Offenlichkeit ohne einen ausdrücklichen Gerichtsbeschluß bei der Augenscheinnahme erachtet der Gerichtsherr für unstatthaft. Was die Revision des Gerichtsherrn anlangt, so ist vom Verteidiger gerügt worden, daß die Begründung der Revision das Datum des 10. September trägt. Allein es kommt lediglich darauf an, wann der Gerichtsherr dem richterlichen Beamten erklärt hat, daß und aus welchen Gründen die Revision eingereicht ist. Dies ist aber jedenfalls innerhalb der gesetzlichen Frist geschehen. Die vom Gerichtsherrn erüttigte Beschränkung des Fragerichts hat der Gerichtshof nicht für durchschlagend erachtet. Dagegen hält er die Ablehnung des Antrages des Vertreters der Anklage auf Entfernung der Zeugen *Melzer* und *Schneider* während der Vernehmung des Zeugen *Slopek* für durchdringend, zumal nicht zu erkennen ist, weshalb dieser Antrag abgelehnt wurde. Es ist deshalb auch der Revisionsantrag des Gerichtsherrn stattgegeben worden.

Der Krieg in Südafrika.

Massenverbannung der Buren?

Wie den Berliner Neuesten Nachrichten aus London gemeldet wird, soll nach einem, allerdings noch nicht verbürgten Gericht, die englische Regierung beschlossen haben, den kriegsgefangenen Buren die Rückkehr nach Afrika zu versagen, selbst nach einem Friedensschluß.

Ein derartiges Vorgehen würde in der Geschichte aller civilisierten Staaten ohne Beispiel dastehen, und man müsste, um ein solches überhaupt zu finden, schon auf die Gepllogenheiten der alten Babylonier und Assyrier zurückgehen, welche bekanntlich ganze unterworfenen Völkerstämme deportierten. Lebhaft erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß die großherzige englische Nation eine solche Maßregel plant.

Vom Steinriegel.

Oberst *Wing* übertraf 20 Meilen nordwestlich von *Ermelo* ein Burenlager und machte 42 Gefangene, unter denen sich Major *Wolmarans*, Kapitän *Wolmarans* und Lieutenant *Malau*, alle drei von der *Staatsartillerie*, befinden.

Dasselbe versuchte mit einer beträchtlichen Streitmacht die Eisenbahnlinie nördlich von *Kronstadt* zu überqueren, wurde aber zurückgetrieben. Man glaubt, daß er den Versuch erneut wird.

Ein neues Burenlager.

Wie Reuters Bureau meldet, ist beschlossen worden, ein Buren-Gefangenenzlager auf der Insel *Antigua* (kleine Antillen) zu errichten. Ein Offizier ist dahin abgegangen, um den Platz für dasselbe auszuwählen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

ee. Blauen i. B., 11. Januar. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß ein hiesiger Malerzeichner Ernst Emil Scheibner verhaftet wurde, weil er im Verdacht stand, eine Majestätsfehlerei begangen zu haben, aber bald darauf wieder entlassen wurde, weil der Verdacht auf recht schwachen Füßen stand. Die Staatsanwaltschaft erhob aber gleichwohl die Anklage und gestern kam die Anhörung vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung. Die beklagende Anhörung, die der Anklage zu Grunde liegt, soll Scheibner im Jahre 1900 in einem hiesigen Biergeschäft gethan haben, als ihm der Bierbier anbot, sich den Schnurrbart in die Höhe strecken zu lassen. Die Beleidigung soll sich auf Kaiser Wilhelm II. beziehen. Ein ehemaliger „Freund“ des Angeklagten, der um die Anhörung gewußt haben will und sich später mit Scheibner verfeindete, hat die Veranlassung zur Anzeige gegeben. Der Angeklagte giebt in der Verhandlung an, nichts mehr vor der Anhörung zu wissen. Er wird jedoch für schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis kostenpflichtig verurteilt.

Jena, 12. Januar. Gestern fand hier, wie in den Blättern berichtet wird, unter dem Vorsitz des Oberstleutnant v. *Hanstein* die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Lieutenant *Thieme* wegen *Brüderkampfes* und gegen Hauptmann *Seebach* wegen Kartellsstragens statt. Thieme wurde unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Festungshaft, Seebach ebenfalls unter Annahme mildernder Umstände zu 14 Tagen Festungshaft verurteilt. — Zwei Jahre Festung für ein Menschenleben!

Vereine und Versammlungen.

Eine Parteierversammlung für den Ostpreis fand Freitag abend im Thüringer Hof in Volkmarshausen statt. Genosse *Manfred Wittich* hielt einen interessanten Vortrag über Das politische Leben in Frankreich. Der Redner wies im Beginn seines Vortrages auf die Bedeutung hin, die die französische Kultur auf Deutschland ausgeübt habe und zeigte, wie verkehrt es sei, auf den „Feind“ zu schimpfen. In der Politik seien die Franzosen vorausgegangen; die Völker hätten sogar die französischen Revolutionen nachgemacht. Frankreich habe sich zuerst zu einer einzigen Nation zusammengefunden und hier habe man sich auch zuerst in der Politik bürgerlich betätigt. Schon bei den französischen Einheitskämpfen spielte das politische Leben eine Rolle; durch die Volksänger, die Troubadours und Ritter, bei den öffentlichen Meinung gemacht worden. Die Bedeutung des politischen Lebens in Frankreich habe seit dem ersten großen französischen Bauernkrieg im 11. Jahrhundert, bei den Kreuzzügen, bei den Kirchenstreitigkeiten und bei den französischen Revolutionen überall gezeigt. Das französische Chanson sei volkswirtschaftlich und herzerfrischendem Humor und scharfer politischer Spize. Dieser Humor und die scharfe, verächtliche und gefeuerte Satire sei in Frankreich Lebenselixier. Der Witz sei die beste politische Waffe. Und dieser politische Spott kann nicht nur aus dem Volk und ging nicht nur zu dem Volke, sondern er wurde auch gelbt in den höchsten Kreisen und am Hofe, und kein noch so hochgestellter konnte sich der stachlichen Poetie entziehen. Die Bordellwirtschaft an den französischen Höfen, von der die Geschichte nur wenig oder gar nichts zu berichten weiß, sie findet in den Chansons ihren treffenden Ausdruck. Wiederholte wurden gegen diese Chansonnier schwere Strafen festgesetzt, aber es half nichts, das Vieh blieb. In der Revolution von 1848 herrschte noch das bürgerliche Leben vor, aber die Arbeiterpoesie machte sich bereits entzündet bemerkbar und heute herrscht sie in Frankreich vor. In Deutschland haben wir im Ueberkreis eine verschleierte Karikatur des politischen Lebens. Bei uns kann das Chanson gar nicht auskommen, weil wir keine Freiheit haben. Das politische Leben wird bei uns verfolgt wie nirgends anders, ausgenommen Russland. Das wirkliche Volk ist bei uns sehr für das politische Leben und wenn es auch einmal frei sein wird und mit Herzblut kämpfen darf, dann werden wir auch in Deutschland ein Leben haben, das sich mit dem französischen Chanson messen kann. Der Vortrag, den der Redner in seiner karakteristischen Weise mit geschichtlichen Daten und politischen Ereignissen reichlich gewürzt hatte, fand eine dankbare Hörerschaft und wurde am Schlusse lebhaft applaudiert. Im weiteren Verlaufe der Versammlung gab der Vertrauensmann, Genosse *Schneider*, die Abrechnung für das vergessene Jahr. Einbezogen einem Kassenbestand von 282 M., betrug die Einnahme 402 M., die Ausgabe 368 M., so daß ein Kassenbestand von 224 M. bleibt. Im Namen der Revolutionsgruppe erklärte Genosse *Kolbe*, daß die Rechnung für richtig befunden worden sei; er beantragte die Entlastung des Vertrauensmannes. Dieser Antrag, sowie ein anderer, dem Vertrauensmann für seine Wohltätigkeit 80 M. zu gewähren, wurden einstimmig angenommen. Da Genosse *Illge* zum Vertrauensmann gewählt wurde, wurde Genosse *Illge* zum Vertrauensmann gewählt. Die Wahl des Stellvertreters fiel auf Genosse *Schett*. Zu Revolutionsgruppe ernannte die Versammlung schließlich die Genossen *Kolbe*, *Reinachar* und *Golde*. Die Gewählten nahmen sämtlich die Wahl an. Damit war die Tagabordnung erledigt. Der Vorsitzende, Genosse *Frölich*, schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf die nächste Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 27. d. M., in der ein Neuer-Vortrag gehalten werden wird, und mit einer Aufrufserklärung zur Werbung neuer Abonnenten für die Volkszeitung.

Von Nah und Fern.

Der Schädel Hamerlings.

Zu dieser Affäre wird aus Wien gemeldet: Mehrere Blätter veröffentlichen eine Erklärung des Obmanns des Klinikusses für ein Grabdenkmal Robert Hamerlings, Prof. Kräuter, in dem es u. a. heißt, bei der amtlichen Exhumierungskommission sei von Mitgliedern des medizinischen Lehrkörpers der Grazer Universität der Schädel Hamerlings zur wissenschaftlichen Untersuchung im anatomischen Institut erbebt worden, was behördlich unter der protokollarisch festgelegten Bedingung bewilligt worden sei, daß der Schädel nach Beendigung der Untersuchung wieder beigelegt werden müsse. Daraufhin habe der Vorstand des anatomischen Instituts, Dr. Holl, den Schädel übernommen. Die wissenschaftlichen Arbeiten, die um eingehend zu sein, seit beauftragt, seien nunmehr beendet und die Behörde sei bereits davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Beisetzung des Schädels in dem neuen Grabe kein Hindernis mehr im Wege stehe. Vom Grazer Stadtrat werde daher voraussichtlich in kurzem eine Kommission für die Beisetzung des Schädels ernannt werden.

Auf der Eisbühne treibend.

Neval, 10. Januar. Bei der Insel *Stenscher* riss eine Eisbühne los, auf der sich 30 Fischer mit 10 Pferden befanden; nur ein Fischer konnte die Insel noch erreichen. Der Eisbrecher *Termak* ist zur Rettung der Verunglückten abgesandt worden.

Vom Flora Gas.

Zürich, 11. Januar. Die aus der Berliner Hammestein-Affäre bekannte Flora Gas aus Basel ist wegen Beträgerereien in Zürich verhaftet und verurteilt worden.

2. Beilage zu Nr. 9 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 13. Januar 1902.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Die Maschinenanstrengung der sächsischen Staatsbahn an die Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann in Chemnitz sind am Sonnabend erfolgt. Dem Chemnitzer Tageblatt wird von den Unterhändlern der Fabrik mit der Generaldirektion mitgeteilt, daß die Lokomotivfrage von der Generaldirektion in entgegengesetzter Weise geregelt worden sei und daß Aussicht vorhanden sei, daß die kirchlich verfügten Arbeitserlaßungen bald rückgängig gemacht werden könnten.

Berufslagerungen. Die Grundstücke der vor etwa Jahresfrist infolge Beträgerkeiten ihrer Direktoren zusammengebrochenen Papiermühle Stichmühlenfabrik und der Fleischflocken-Spinnerie, welche in Werda, sind dieser Tage versteigert worden. Für das Grundstück der ersten gab die Konkursverwaltung der Leipziger Bank mit 91000 M. das Höchstgebot, für das Grundstück der zweiten die Konkursverwaltung der ebenfalls zusammengebrochenen Dresdner Kreditanstalt mit 111000 M. Nach dem Verkauf wird aus den Trümmern zu retten gesucht, was zu retten ist.

Sozialpolitisch.

a. Die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen wurde in einer Dortmunder Schöpfgerichtssitzung treffend illustriert durch keinen geringeren als den — Vertreter der öffentlichen Anklage, des Amtsankwalts Dewitz-Krebs. Wegen Überziehung der bekannten Bäckererwerbung hatte sich, wie man uns schreibt, ein Dortmundener Bäckermeister eine ganz geringe Polizeistrafe zugezogen, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragte. Es wurde in der Verhandlung nachgewiesen, daß der Bäckermeister sich seit langer Zeit fortgesetzt gegen die Bäckerer-Verordnung vergangen hatte. In seinem Platoyer führte der Amtsanwalt aus, der Angeklagte habe eine so niedrige Polizeistrafe erhalten, da ein gewisser K. ... (Der selbe ist Vorsitzender der Dortmunder Sektion des Bäcker-Verbandes und bestreitbares auf der Durchführung der Schutzbestimmungen, d. h.) seit längerer Zeit Unruhen unter den Bäckermeistern zu erregen sucht. Die Strafe sei denn auch dementsprechend aus, es gab 10 M. Geldstrafe. Nach dieser Erklärung ist es kein Wunder, daß das Unternehmertum auf alle gelegischen Arbeiterschutzbestimmungen pfeift. Dem Anwalt kann man dankbar sein, daß er das bestätigt hat, was wir längst schon behaupteten.

Weibliche Fabrikinspektion in Braunschweig. Aus Braunschweig wird berichtet: Dem am 25. Januar zusammentretenden Landtag ist ein Gesetzentwurf betreffend Aufstellung weiblicher Fabrikinspektoren innerhalb des Herzogtums zugegangen.

Den Erlass eines Reichswohnungsgesetzes hat die Regierung von Sachsen-Altenburg beim Bundesrat beantragt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Januar.

Dem Jahresberichte des Gewerbegerichts für das Jahr 1901 ist folgendes zu entnehmen. Es wurden im Berichtsjahr 2929 Rechtsstreitigkeiten angezeigt gemacht. Im vorhergehenden Jahre betrug die Zahl der Rechtsstreitigkeiten 4273. Rechnet man hierzu die anlässlich des Buchbinderstreits erhobenen 1270 Klagen ab, so ergibt sich für 1901 immer noch eine Verminderung der Streitigkeiten gegen das vorhergehende Jahr um 74. Dieses Ergebnis ist in der Hauptache darauf zurückzuführen, daß auch im Berichtsjahr wieder durch regelmäßige Befragung der an Amtsstellen anzutreffenden Arbeitsvertragsformulare Unklarheiten über die Arbeitsbedingungen und durch zuerst starke Zuanspruchnahme der Gerichtsschreiber zur Ausführungsseite, sowie durch Ratsberatung an Gerichtsstelle vielen Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt worden ist. Erledigt wurden von den Rechtsstreitigkeiten 192 durch kontroverse Urteile und 172 durch Verständnis- und Anerkennungsurteile, während die übrigen Rechtsstreitigkeiten, also 87,6 Proz., durch Vergleich und Klagenahme nach erfolgter Belehrung ihre Erledigung fanden. Daß das Gewerbegericht auch im Berichtsjahr großen Wert auf rasche Prozeßherledigung legt, dürfte daraus hervorgehen, daß 2779 Streitigkeiten (d. i. 94,9 Proz.) innerhalb einer Woche und 180 innerhalb zwei Wochen erledigt wurden, während nur 20 zu ihrer Erledigung mehr als 2 Wochen in Anspruch nahmen. Söhnetermine fanden im Berichtsjahr 2794, Verhandlungstermine mit Beispielen 745, ohne Beispiele 678 statt. Die Zahl der Verhandlungstage mit Beispielen beläuft sich auf 95. Der höchste geltend gemachte Anspruch bezifferte sich auf 2598,04 M., der niedrigste auf 25 Pf. Die letztere Streitigkeit beanspruchte zu ihrer Erledigung fünf Verhandlungstermine. Nur gegen

4 Urteile des Gewerbegerichts ist Berufung eingelegt worden, deren Ergebnis zur Zeit noch aussteht. — Als Einigungsamt wurde das Gewerbegericht in acht Fällen angerufen. In zwei Fällen fanden Verhandlungen statt, die mit der Abschließung eines Vergleichs zwischen den streitenden Parteien endigten. In den übrigen sechs Fällen konnte der Ausrufung keine Folge gegeben werden, weil die Arbeitgeber es ablehnten, in Einigungsverhandlungen einzutreten.

Gewerbegericht. Die vor kurzem erfolgte Meldung, wonach der Bundesrat den Antrag, Leipzig aus der Gewerbegerichtsklasse I in die Klasse A zu versetzen, abgelehnt habe, war offenbar eine Falschmeldung. Wir hatten übrigens sofort unsere Zweifel an der Richtigkeit der Meldung angedenkt. Nach neuerer Nachricht soll der Leipziger Antrag Aussicht auf Annahme haben.

Der Verein selbständiger Kaufleute und Fabrikanten will an den Leipziger Amtsverein das Eruchen richten, seine Mitglieder (also die Rechtsanwälte) zu verpflichten, vor Eingabe von Prozessen die Manifestantellisten einzusehen und ihre Klienten davon entsprechend zu benachrichtigen. Weiter soll der Amtsverein gebeten werden, den Mitgliedern alphabetisch geordnete Manifestantellisten zu übergeben und die Bevollmächtigten verpflichten, diese auf dem Laufenden zu erhalten.

Der arme Arbeiterklasse. Zum Gebraude des Bades Elster können vom Ministerium des Innern bedürftige Personen durch 1. Geldbelohnungen, mit deren Bewilligung auch der Genuss freien Bades auf die Dauer von vier Wochen, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurkarte verbunden ist. 2. Bloß Bewilligung freien Bades auf die Dauer von vier Wochen, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurkarte unterstellt werden. Die Bewilligung der Vergünstigungen ist an die Bedingung gebunden, daß die Kur entweder in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni oder vom 20. August bis Ende September vorgenommen wird. In diesbezüglichen Gefuchen ist anzugeben, um welche von den Veranlassungen unter 1 und 2 nachgefragt wird. Beigelegt muß werden: a) ein von einem approbierten Arzte aufgestelltes Krankheitszeugnis, zu welchem jedoch ausschließlich das von den Bezirksärzten oder von der Badeleitung zu Bad Elster zu beziehende Formular zu verwenden ist, b) eine Zeittellung über die Staatsangehörigkeit, c) ein obrigkeitsliches, die Angabe des Alters und der Familienvorhaltnisse des Kranken enthaltendes Beugnis, aus welchem hervorgeht, daß der oder die Kranke nicht in der Lage ist, die Kosten der ärztlichen Verordnungen nur in Bad Elster ohne besondere Unterstützung zu bestreiten.

Neuer gemeinschaftlicher Direktorenwirtschaft im Versicherungswesen wird uns geschildert: Der Gesellschaft Prometheus, Berlin, wurde bekanntlich durch Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin am 3. November 1900 die Konkursation wegen "gemeinschaftlicher Geschäftsführung" entzogen. Jetzt geht dieselbe Wirtschaft "in Liquidation" weiter, denn alle Versicherten sollen nochmals (zum zweitenmal in diesem Jahr!) stünftige Jahresprämie als Nachschuß zahlen, trotzdem kein Geschäftsbuchbericht dies nachweist. Jeder, der z. B. mit 50 Mark Jahresprämie versichert ist, hat 500 Mark Nachschuß in diesem Jahre zu leisten. Wer den Nachschuß bis zum 15. Januar nicht bezahlt, ist mit sofortiger Klage bedroht. Um solche Klagen unmöglich zu machen, kann jedem Versicherten nur gewarnt werden, diesen Liquidatoren keinen Pfennig mehr zu zahlen und es auf Klage ankommen zu lassen. Die Leipziger Verbindung Versicherter agitiert seit 2 Jahren gegen diese Wirtschaft und versendet neue gedruckte, ausführliche Berichte gratis. Adresse: Assistent Pfugbeil, Leipzig-Connewitz.

Der Gasstrom bei den städtischen Gasanstalten hat auch im verlorenen Jahre trotz Elektrizitätswerke und Änderung eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren. Konturse. Im jetztvergangenen Monat wurden in Leipzig 18 Konturse eröffnet und zwar 12 in Alt-Leipzig, 2 in Leipzig-Connewitz und je 1 in L.-Plagwitz, Schönefeld, Möckern und Südstadt. Im verlorenen Jahre wurden überhaupt in Leipzig 167 Konturse eröffnet, von denen 102 auf Alt-Leipzig und 65 auf den übrigen Amtsgerichtsbezirk entfielen. Innerhalb der letzten drei Jahre bewegt sich die Zahl der Konturse überhaupt in aufsteigender Linie. Es beträgt die Zahl der eröffneten Konturse 1899: 128; 1900: 143; 1901: 167.

Retrospektiviert. Die am Sonnabend früh im Schwantesche aufgefundenen Tote ist als ein aus Lichtenstein gebürtiges 24-jähriges Dienstmädchen retrospektiviert worden. Die Unglückliche soll niederleidend gewesen sein.

Arbeiterrisiko. Auf einem Neubau an der Döllner Straße in Connewitz verunglückte gestern mittag der Arbeiter P. aus

Gänzlich dadurch, daß er infolge Fehlritts vom Gerüst der ersten Etage herabstürzte. Der Verletzte, welcher anscheinend schwere Verlebungen am Kopfe, sowie am Rücken davontrug, wurde in einem herbeigeführten Krankentransportwagen nach dem Stadtkrankenhaus überführt.

Großes Aufsehen erregte ein Unfall, der sich gestern abend in der 10. Stunde auf der Döllner Straße zugetragen hat. Als dort ein Droschkenfahrer mit seinem Geschoß vor der Schranke der Magdeburger Bahn hielt und ein Zug nahte, schrie plötzlich das Pferd. Das Tier sprang links zur Seite die Treppe des unter der Magdeburger Bahn hinwegführenden Tunnel hinab, wobei der Kutscher vom Pferd geschleudert wurde, zu seinem Glück aber keinen Schaden nahm. Die Droschke wurde dann bald wieder von hilfsbereiten Passanten heraus auf die Straße geschafft, das Pferd jedoch konnte nicht wieder auf die Beine gebracht werden, da es, wie sich herausstellte, schwere Verlebungen davongetragen hat. Zu seiner Entfernung aus dem Tunnel mithin Manöver der Generalehrer requirierte werden, worauf das Tier nach dem Zoologischen Garten gebracht wurde. Der Kutscher dürfte informiert ein Berichtsstück treffen, als er unterlassen hat, das Pferd fest in die Bügel zu nehmen; letztere hatte er um die Peitsche gewickelt.

Brände. Feuer entstand am Sonnabend in der Wohnung einer im Grundstück Mittelstraße 18a wohnenden Händlerin. Es hatten dort die dem Osten entwischenen Funken mehrere Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Das Feuer wurde von Hausbewohnern erstellt. — Durch die Selbstentzündung eines in der Nähe einer Esse liegenden Balkens entstand am Sonnabend nachmittag in der vierten Stunde Feuer in einer Tischerei in der Gerberstraße. Hier bestiegte die Feuerwehr den Brand. — Infolge des Explodierens einer Petroleumlampe war am Sonnabend abend in einer Wohnung der Alexanderstraße ein Stubenbrand ausgebrochen, der jedoch von den Haushbewohnern unterdrückt werden konnte. — In einer Wohnung der Felixstraße in L.-A.-Crottendorf gingen gestern vormittag Wäschestücke, die zum Trocknen hinter den Ofen gehängt worden waren, in Flammen auf. Das Feuer wurde rechtzeitig bemerkt und unterdrückt.

Geplündelter Dieb. Einer Deutschen Familie wurden, wie bereits berichtet worden ist, während einer mehrjährigen Abwesenheit 1000 M. aus dem Geldschrank gestohlen. Der Dieb war, wie sich nun herausgestellt hat, der Bruder des bestohlenen Familien, ein aus Cossengrün gebürtiger Schlosserlehrling. Es kamen noch 800 M. von der entwendeten Summe gerechnet werden; den Rest aber hat der leichtsinnige Mensch in den wenigen Tagen gemeinschaftlich mit einem anderen, aus Pegau gebürtigen Schlosserlehrling verbraucht, der sich, da er von dem Diebstahl wußte, nun wegen Gehörigkeit zu verantworten haben wird. Der Dieb wurde in Haft genommen.

kleine Polizeinachrichten. In L.-Connewitz stürzte am Sonnabend vormittag auf einem Neubau an der Döllner Straße ein aus Roselitz gebürtiger 28 Jahre alter Arbeiter beim Heraufsteigen auf den Bau im Treppenhaus infolge Ausgleitens von der Leiter zwei Stockwerke hinab in den Keller und zog sich dadurch beratige schwere Verlebungen zu, doch sich seine sofortige Überführung in das Krankenhaus notwendig machte.

Am Sonnabend abend in der zwölften Stunde mußte ein in der Berliner Straße wohnender, 48 Jahre alter Rauchwarenförster aus Weißeritz im Brühl wegen Trunkenheit aufgehoben und in Polizeigefängnis genommen werden. Hier stellte sich heraus, daß sich der Mann einen Unterschenkelbruch zugezogen hat. Er stand Aufnahme im Krankenhaus.

Eine unbekannte, etwa 45 Jahre alte Frau erregte am Sonnabend früh im Geschäftsweg und in der Hospitalstraße das durch Aufsehen, daß sie anderen Frauen den Schleier herabzulegen versuchte. Es stellte sich heraus, daß die Unglückliche geistesgekrankt ist. Sie wurde der Nervenklinik zugeführt.

In schlafenden Zustande ist gestern früh ein 20jähriger Arbeiter im Grundstück Sternwartenstraße 2 aus einem Fenster seiner im dritten Stock gelegenen Wohnung hinausgestiegen und in den Hof hinausgestürzt. Der Verunglückte hat sich durch den Sturz mehrfache schwere Verlebungen zugezogen und mußte im Krankenhaus aufgenommen werden.

Auf der Weissenfelser Straße in L.-Plagwitz rannte gestern nachmittag ein zwölfjähriger Knabe gegen einen Motorwagen. Der Knabe wurde zur Seite geschleudert und erlitt eine Gehirnerschütterung. Mehrere Passanten brachten den Knaben in die elterliche Wohnung.

Von Bubenhand wurde gestern abend in der Nonnenstraße durch einen Steinwurf eine Fensterscheibe eines Motorwagens zertrümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Gestohlen wurde aus einer Wohnung der Großen Fleischerstraße ein dunkelgrauer Jackentanz und ein Winterüberzieher von grauem Stoff im Gesamtwerte von 86 M.

Stötteritz. Das Leipziger Schöffengericht sollte heute die Privatbeleidigungsklage des Maschineneisters Alfred Kramer in Stötteritz gegen den Volkszählungsredakteur Possendorfer verhandeln. Der Privatklage lag ein Eingefand zu Grunde, daß in Nr. 183 der Volkszeitung erschien und ein Rencontre auf der Leipziger Elektrischen Straßenbahn behandelte. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende des Gerichts einen Vergleich an, auf den auch schließlich beide Parteien eingingingen. Der Angeklagte übernahm danach die Gerichtskosten und die dem Privatkläger entstandenen notwendigen baren Auslagen, auch zahlte er 30 M. Buße an die Leipziger Feuerkolonien. Im übrigen erklärt der Angeklagte, daß der Bericht, der in Nr. 183 der Leipziger Volkszeitung vom 9. August 1901 unter der Überschrift Stötteritz steht und einen angeblichen Angriff des Privatklägers auf den Vorsitzenden des Stötteritzer Arbeitervereins, Richter, schildert, der Wahrheit nicht entspricht und nimmt die gegen den Privatkläger erhobene Beschuldigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Sommerfeld. Zwei schwere Unfälle hat ein hiesiger Gesangverein zu verzeichnen, der am letzten Sonnabend in einem Restaurant seine Christbeschierung abhielt. Ein Teilnehmer kam beim Verlassen des Lokals zu Falle und brach dabei das Wadebein, so daß er zum Arzt nach Paunsdorf gefahren werden mußte. Ein anderer junger Mann stürzte beim Turnen am Boden ab mit dem Kopfe auf das Sprungbrett und zog sich dabei eine Gehirnerschütterung zu, die ihm auf längere Zeit das Bewußtsein raubte, so daß sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte.

Vordorf. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde die Feuerwehr alarmiert; es war abermals Feuer in dem Verbundsteinwerk von Krebschmann aufgebrochen. Den raschen Eingreifen der Feuerwehr war es zu danken, daß das Feuer großer Umfang nicht annahm und auf seinen Herd beschrankt wurde. Innerhalb einer Woche war dies das zweite Schadeneuer in dieser Fabrik und wird vermutet, daß ein Brandstifter seine Hände im Spiele hat.

Kleine Chronik.

Leipzig, 13. Januar.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird Dienstag das Lustspiel Im weißen Röhl und im Alten Theater die Operette Die Gelska wiederholt.

Im Carolatheater findet Dienstag das letzte Gastspiel von Saba Yacco und Osocio Kawakami mit ihrem japanischen Ensemble statt. Zur Aufführung gelangen noch einmal Der Kaufmann von Benedix (Gerichtsst.) und Der Shogun. (Der Präsident des Mikado.) Mittwoch geht im Neuen Theater die Oper Luis (Beginn 1/2 Uhr) in Scene. — Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen Frau Holle, abends 7 Uhr als 12. volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen Spiegelfrau auf Lauria gegeben.

W.-Meyer-Försters Schauspiel Alt-Helbelberg gelangt am kommenden Freitag im Alten Theater zur ersten Aufführung.

Am Montag den 20. und Dienstag den 21. ds. Ms. gastiert im Carolatheater der berühmte französische Schauspieler, der ältere Coquelin. In seiner Gesellschaft befinden sich Marguerite Durand, das ehemalige Mitglied der Comédie française, ferner Gilba Dartig und die Charakterspieler Duquesne und Bolny vom Theater de la Porte St. Martin. Am Montag bringt Coquelin mit seiner Truppe die vierjährige Komödie L'Aventurière von Emil Augier und den Charakter von Madame de Grardier La joie fait pour zur Aufführung. Der zweite Abend, Dienstag, ist der Molire-Abend. Es gehen Tartuffe und Les précieuses ridicules in Scene.

Neues Theater. Faust, I. Teil, von Goethe. Gastspiel des Fräulein Gertrud Richter vom Stadttheater in Graz und des Herrn Otto Küstermann vom Stadttheater in Bielitz. Herr Otto Küstermann, der scheintlich dazu bestimmt ist, Herrn Heisterl zu erlegen, ist offenbar — um bei den alten Ausdrücken der Theaterscholione zu bleiben — mehr Naturbursche als jugendlicher Schläger. Sein Schüler war mit den Reizen einer liebenswürdigen Knabenhaftigkeit ausgezeichnet. In Erscheinung und Stimme wirkte Herr Küstermann ganz original. Man könnte manchen Augenblick glauben, eine junge mit einer Altersstufe ausgestattete Dame vor sich zu haben. Er wird sich wahrscheinlich dazu eignen, manche Rollen auszufüllen, die bisher als Hofsrollen weiblichen Naiven zugeschlagen sind. Und das wäre jedenfalls ein Gewinn, wenn ein jugendlicher Künstler die unangenehmen und nie ganz glückenden Experimente der Geschlechtsverwandlung überflüssig machen würde. Herr Küstermann führt seine Rolle sehr glücklich durch; besonders hat mir die richtige Psychologie des schülerhaft unreifen Lachreizes auf der bei jeder unpassenden Gelegenheit hervordrängt.

Fräulein Richter konnte ich als Gretchen leider nur in ihren ersten Szenen sehen. Ich bedaure das sehr interessant. Das Weib, Hingebende, Verträumte, die Schatten, die die künstlichen Schicksale auf diese Gestalt vorauswiesen, fehlte dieser herben und scharfen Erscheinung gänzlich. Nekend und eigt mäbchenhaft führte Fräulein Richter in der ersten Gardenseene das Spiel mit dem neuen Schmuck aus. Auch darin war mehr von kräftiger Lebensfreude zu fühlen, als man sie sonst an einem Gretchen zu finden gewohnt ist. Das sich von einem solchen Charaktergrund die späteren tragischen Geschicke kräftig und wirksam abheben müssen, führen mir klar. Wie weit wirklich der Fall war, vermag ich leider nicht zu beurteilen.

Im übrigen ist über zwei Zwischenfällen zu berichten. Herrn Vorherdt als Mephisto ließ sich in der Scene, wo er Gretchen-Schrank ausschliefen wollte, um das Schmuckstückchen bereinzutun, seine Teufelskunst im Sichte. War ein Drudenfuß oder der Theatervorsteher daran schuld — fürz, Mephisto mußte das Schätzchen stot in den Schrank auf den Schrank legen. Die Situation schien höchst kritisch. Wie, wenn Gretchen den Schmuck nicht fand? Fräulein Richter öffnete den Schrank, rappste darin herum, bis sie das Kästchen oben auf legen fand und sehr geistigsgewandt, aber zur großen Erleichterung des Publikums austrafte:

Wie kommt das schöne Kästchen hier heraus (statt herein)? wozu aber die nächste Zeile

in einem etwas dünnen Zusammenhang stand.

Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich, als Mephisto die berühmten Worte vom guten Wagen der Kirche sprach. Hier brach das Publikum bei offener Scene in demonstrativen stürmischen Beifall aus, der sich von der Galerie nach dem Parquet fortpflanzte. Politische Demonstrationen im Theater können unter bestimmten Umständen höchst erfreuliche politische Ereignisse sein. Da aber diesmal eine zwangsläufig gesellschaftliche Notwendigkeit für einen solchen politischen Beifallsausbruch kaum einzusehen war, blieb er nur eine unangenehme und unpassende Störung einer künstlerischen Darbietung und ist von diesem Standpunkte aus nicht zu billigen. f. a.

Die Gründung der Freien Hochschule in Berlin. Sonntag den 12. Januar mittags wurde im Bürgerhause des Rathauses die freie Hochschule eröffnet. Das Publikum, welches sich in so großer Zahl eingefunden hatte, daß viele wieder umkehren mußten, bestand hauptsächlich aus Kaufleuten und Angehörigen der intelligenzreichen Berufe.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 11. Januar.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, 3 wurde von der dritten Strafkammer nach einer nicht öffentlichen Sitzung der 22 Jahre alte Expedient Ernst Franz Raummann aus Wurzen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Der Verteidigung des Bürgermeisters von Geithain und der Körververlehung an dem Pferdehändler Sch. sich schuldig gemacht zu haben, hatte sich der Pferdehändler Adalbert Jonisch aus Wilna in Posen, zuletzt in Leipzig wohnhaft, zu verantworten. Jonisch soll in einer Gastronomie in Geithain Ausführungen über den Bürgermeister öffentlich gethan haben, die diesen in der Öffentlichkeit herabzusehen geeignet seien. Dieser Teil der Anklage wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Nach Wiederherstellung derselben wird über den zweiten Teil verhandelt. Jonisch hat mit dem Pferdehändler Sch. aus Düben Anfang November den Pferdemarkt in Geithain besucht. Hierbei soll J. dem Sch. ein Pferd verkaufen haben, wodurch der letztere 120 Mk. Schaden gehabt haben will. Von J. wird das bestritten und er will im Gegenteil noch Verderrungen an Sch. haben. Im Gasthof zum Engel in Altenburg ist es auf dem Hofe zum Wortwechsel zwischen den beiden gekommen, in dessen Verlauf Sch. dem J. mit dem Sogierstock mehrere Schläge versetzte. Am 10. November kam J. mit einem Bekannten in eine Restauration am Rennstädter Steinweg, in der sich auch Sch. befand. Beim Eintritt J. erhob sich Sch. und bedrohte ihn wieder mit Schlägen. Der Wirt und einige Gäste verhinderten aber die Schlägerei. Kurze Zeit darauf erschien jedoch J. vor dem im Hofe gelegenen Stalle, wo sich auch Sch. befand. Nun ging Sch. aufs neue gegen J. mit dem Stock los, bevor er jedoch zuschlagen konnte, entzog ihm J. den Stock und vertrugt ihn mit seinem Taschenmesser einen Stich in die Seite. Die etwa zwei Centimeter große ungefährliche Wunde wurde ihm auf der Sanitätswache verbunden. J. giebt nun an, von Sch. zuerst geschlagen worden zu sein, erst dann habe er aus Notwehr zugestochen. Das Gericht erkannte aber die Notwehr nicht als gegeben an und verurteilte J., dessen Strafregister ein unheimlich großes ist — achtmal ist er wegen Körperverletzung bestraft — wegen Verteidigung und Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis. Ein Monat der erlittenen Untersuchungshaft wird ihm auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

Wegen versuchten schweren Einbruchs — diebstahls und Widerstands gegen die Staatsgewalt hatte sich der 36 Jahre alte, aus Oberschlesien gebürtige und in Connewitz wohnhafte Maurer Joseph Füssel vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Füssel ging am Abend des 18. November, mit einem Hammer bewaffnet, in den Garten des Gartnereipächters J. in Connewitz und versuchte mit dem Hammer

das am Hüttnerstall befindliche Vorlegeschloß loszuschlagen. Er wurde jedoch bei seiner Arbeit gestört und floh; er wurde aber von einem im Garten anwesenden Manne verfolgt. J. lief dem Schuhmann W. gerade in die Arme und schlug ihn, als ihn dieser festhalten wollte, mit dem Hammer auf den Helm. Der Schlag prallte aber an der Helmplatte ab und traf den linken Arm W.s. J. will durchaus keinen Diebstahl beabsichtigt haben, doch vermag er nicht anzugeben, zu welchem Zweck er das Schloß loszuschlagen versuchte. Das Gericht nahm ver sucht schweren Diebstahl an und verurteilte ihn dieserhalb und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 4 Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren.

Von Nah und Fern.

Aus dem Leben der „Edelsten“.

Berlin, 12. Januar. Am Freitag wurde in Potsdam die Leiche des Lieutenant von Eichel-Streiber vom 3. Garde-Ulanenregiment mit grotem Protokoll nach dem Bahnhof überführt. Nach dem offiziellen Bericht ist der Offizier an Erstickung gestorben; wie die Welt am Montag aber berichtet, soll v. Eichel-Streiber eine ganze Flasche Cognac ausgetrunken haben, nachdem vorher ein anderer Offizier ein Wasserglas voll Cognac auf einen Schinken geleert hatte. Der Lieutenant wurde Montag früh von seinem Brüder noch atmend angeliefert, starb aber bereits um 9 Uhr.

Der Herr Lieutenant sind also an akuter Alkoholvergiftung gestorben.

Ein Obdachlosenasyl verbrannte.

Petersburg, 11. Januar. Gestern früh brannte ein Nachasyl für Obdachlose nieder. 12 Personen verbrannten im Schlosse, 6, die durch einen Sprung aus dem Fenster fliehen konnten, wurden schwer verletzt.

Selbstmord eines Bestohlenen.

Budapest, 11. Januar. Der Ehrenrat Dr. Tomla, welchem kürzlich mittels Einbruchs über $\frac{1}{4}$ Million in Wertpapieren gestohlen wurden, stürzte sich aus dem vierten Stockwerk auf die Straße und blieb sofort tot. Denktens wird berichtet: Der sensationelle Selbstmord des Dr. Tomla erhält jetzt eine eigentümliche Erklärung. Tomla verspielte an der Börse bedeutende Summen, versicherte sich gegen Einbruch und sorgte einen Diebstahl bei sich, um von der Gesellschaft Geld zu erschwinden. Die angeblich gestohlenen Papiere ließ er durch einen Verwandten, den Börsenagenten Blau, verkaufen. Nach dem Selbstmorde des Tomla wurde Blau flüchtig und wird jetzt steckbrieflich verfolgt.

Ein Eisenbahngüterzug abgestürzt.

Brindisi, 12. Januar. Heute früh stürzte ein Eisenbahngüterzug in den Eisernenbach bei Brindisi; soviel bisher feststeht, sind 3 Personen ums Leben gekommen, 9 Personen verwundet. Nach späteren Meldungen war der Eisenbahngüterzug ein Materialienzug, welcher etwa 20 Arbeiter und Materialien zur Wiederherstellung der vor einem Monat eingestürzten Brücke über den

Jede Hausfrau verlangt „MOHRA“ einziger bester und billiger Ersatz für BUTTER.

Lebensversicherung.

Von erstklassiger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, welche nicht die Volksversicherung betreibt, aber Lebensversicherungen mit kleinen Summen zu normalen Prämien anbietet, werden fleißige, redegewandte Herren gegen Thrum, Reisespeisen u. c. sofort gesucht. Offerten erbeten unter D. 4 an die Expedition dieses Blattes.

Neues Wohnh. m. Gart., Stall, am Wasser gel., b. zu verl. Sellerh., Edelschr. 20, III. r.

Stimmlich neues Sofa billig zu verkaufen Johannisgasse 14, I.

Kindersofa f. Kinder bis zu 4 Jahren billig zu verkaufen Neuer Markt 50, pl.

Neues ruh. -sour. Bettstoffe billig zu verkaufen Kleinstadt, Lutherstr. 9, III. r.

Neuer Kluzschl. ist zu verkaufen Schönsfeld, Wiesenstr. 20, II. r.

Wettstelle, fast neu, und Puppenwagen zu verkaufen Brüderstr. 19, H. I. r.

Kinderbademarie nebst Badetuch zu verkaufen Schleuska, Könneritzstr. 90, II.

Guterh. Kinderwagen mit Decke zu verkaufen Sidonienstr. 43, IV. r.

Guterh. Kinderwagen m. Decke zu verkaufen Neubrück, Münsterstr. 45, pl.

Guterh. Kinderwagen billig zu verkaufen Volkmardorf, Vogelklosterstr. 14, Hof I. r.

Guterh. Kinderwagen preiswert zu verkaufen Stilz, Leipziger Str. 1, pl. r.

Reform-Kinderwagen sehr billig zu verkaufen Neubrück, Obere Münsterstr. 8, I. I.

Gebr. gutnah. Singermashine f. 18. # zu verkaufen Entritsch, Querstr. 24, II. H.

Singermashine für 30. # zu verkaufen Lindenau, Gartenstr. 22, im Laden.

Gebr. Singer-Nähmaschine billig zu verkaufen Plaue, Eifelbäckerstr. 58, pl. r.

Rover, modern, in schönem Zustande, f. 80. # zu verkaufen Neubrück, Lütznerstr. 41, pl. I.

Neues u. altes Fahrrad umständl. zu verkaufen Plaue, Eichendorffstr. 53, I. r.

2 rädr. Federwagen, ziemlich neu, billig zu verkaufen Anger, Bernhardstr. 35, III. r.

Eigta gr. Handwagen billig zu verkaufen Plaue, Eichendorffstr. 58, pl.

Guterh. 2 rädr. Wagen billig zu verkaufen Nördliches Markt 10, Gohlserstraße 10.

Schöner schwarzer Konfirmanzenanzug ist billig zu verkaufen Eichendorffstr. 5, II. I.

Schöner Maskenanzug u. Konfirmanzenanzug billig zu verkaufen Rabot 19, III.

Gast neuer Waffenanzug billig zu verkaufen Lindau, Leipziger Str. 37, pl. Siebert.

Tückiger Schnittpolierer

nach ausdrücklich gesucht. Bewerber wollen ihre Adressen mit Wohnungsgabe unter Nummer C. 3 in der Expedition dieser Zeitung abgeben.

1862

Buchhalter.

Wir suchen zum Antritt per 1. April eine erste Kraft als **Buchhalter**. Bewerber wollen Ihre Adressen mit Wohnungsgabe unter Nummer C. 3 in der Expedition dieser Zeitung abgeben.

E. G. m. b. H.

Nicht Mr. mit Buch, sucht b. e. Moler als Arb. bald. Besch. Off. u. S. 21 in d. Exp.

Sauberer Frau sucht Beschäftigung im Waisenhaus, Leipzig, Erdmannstr. 11, H. pl.

Waische zum Waisen wird angenommen. Lindenau, Weitlinger Str. 140, III. r.

Ein Kind wird in gute u. liebev. Pflege genommen. Volkmardorf, Idastr. 33, I.

Ein Kind besserer Herkunft wird in gute Pflege gen. Blaumühle, Bleherstr. 28, II. I.

D. M., Schmetterling, verl. Th., Kirchweg 8, II.

Damen-Wädel zu verleihen.

Wahren, Hauptstr. 40, I. r.

Wohnungsanzeigen.

Logis für 400 Mark zu vermieten. Anger, Sellerhäuser Straße 4, I. r.

Haus, Stube, Ra. u. Kell. ob. als Schlossstelle f. 3. v. Kl. Kl. Baumannstr. 11, III.

Stube u. Kammer g. 1./2, zu vermieten. Kleinmachnow, Schönauer Weg 39, I. r.

2 Zentner leere Stube f. zu vermieten. Plaue, Erdmannstraße 2, II. I.

Arb. leere Zentner Stube im Kochhof an eins. Verl. f. 3. v. Kl. Löhnerstr. 41, pl.

Leere 1. Kl. Stube mit Kochhof sofort zu verm. Neukölln, Konradstr. 81, III. I.

Leere 1. Kl. Stube mit Kochhof zu vermieten. Neukölln, Feldstraße 4, III.

Schlafstelle an 2 Freunde zu vermieten. Lindenau, Erdmannstraße 12, III.

Schlafstelle für ans. Mädeln billig. Kohlgartenstraße 88, III. Weibel.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten. Anger, Gartenstraße 27, pl. r.

Freundl. Schlafstelle für 2 Mädeln zu verm. Kleinmachnow, Antonienstr. 42, III. I.

Junges Mädel, sofort begehbar.

Garconlogie, Löbau, sofort begehbar.

Uns lieben Vater H. Wolfran die herl. Glückw. z. Geburtst. Frau u. Kinder.

Uns. I. Vater Gustav Rückmaul die herl. Glückw. Mag. u. Anna, Stötterich.

Für die Krönung unseres Tochter Erna sagen wir herl. stolzesten Dank.

Moskau, 10. Januar. Familie Laue.

Dank.

Burkhardt vom Grabe meines unvergesslichen, treusorgenden Mannes, unseres guten Vaters, Schwagers und Großvaters, des Gastwirts.

Friedr. Theod. Robert Schneider sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank dem Chorverein Sängerkreis, dem Doppelquartett vom Männerchor Stötterich und dem Turngesangverein Holzhausen für die erhebenden Gefänge, sowie dem Haussoldatenverein und der Freiwilligen Feuerwehr von Zuckelhausen, dem Turnverein Holzhausen, dem Turnverein und dem Gastwirklverein von Liebertwolkwitz und allen Freunden, Bekannten, Verwandten und Nachbarn nochmals herzlichsten Dank.

Das alles hat unseren wunden Herzen wohlgethan. Wir aber, teurer Gutsbesitzer, rufen wir ein Alte sanft nach.

Zuckelhausen, den 13. Januar 1902.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Anna Schneider nebst hinterbliebenen.

Nachruf.

Am 10. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege

Wilhelm Butenuth.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetze gewählten Vertreter (Arbeitnehmer).

361]

Sonnabend abends 9.1/2 Uhr verschob nach schwerem Leiden mein lieber Mann,

unser treusorgender Vater, Bruder und Schwager, der Zeichner

Johannes Krell.

Dies zeigt liebhetribt an

Januar verl. Krell im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag den 14. Januar nach 1.1/2 Uhr statt.

1864

Sonnabend den 11. Januar abends 1.1/2 Uhr verschob nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied und derzeitiger 1. Vorstand des Deutschen Zeichnerverbandes, der Zeichner

Johannes Krell.

Er war Gründer des Verbandes und eifriger Vertreter für die Interessen der deutschen Zeichnerkunst. Möge ihm die Erde leicht sein!

Deutscher Zeichner-Verband u. Zeichner-Verein Leipzig.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1.1/2 Uhr von der Leichenhalle der Gohliser Leichenhalle aus statt.

[368]